

Arbeiter-Zeitung

Erstausgabe täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 M., monatlich 2,60 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 M., unter Streifenband 3,00 M. Anzeigenpreis: Die gedruckte Millimeterzeile ober dem Raum 12 Pf., Vereins- und Werksammlungsanzeigen 6 Pf., Mallespreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile ober dem Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseratenannahme u. der Haupt-Expeditionen 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kreuzberger Straße 60, Telefon 580 89. Vertikales Konto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Kreuzberger Straße 60, Telefon 289 02. Sprechzeit der Redaktion von 12-13, Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filiale-Expeditionen: Olschitz, Oberstraße 28, Telefon 4084; Oelsitz, Runtz 6, Telefon 2884. Geschäftszeit: von 8-19 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagort Breslau. — Verlag: Schöler, Verlags-Gesellschaft m. B. G., Breslau. — Druck: „Breslauer“ Verlags-Gesellschaft, Kreuzberger Straße 60.

Die Waldenburger Korruption

Neue Enthüllungen — Maulkorb für die Stadtverordneten!

Gestern, Mittwoch, fand eine Sitzung der Waldenburger Stadtverordnetenversammlung statt, in der der Bericht der Untersuchungskommission in der Obligationenangelegenheit gegeben wurde. Dieser Bericht schließt den ersten Abschnitt der Angelegenheit vorläufig ab. Was man in ihm zu hören bekam, war derart, daß man es nicht geglaubt hätte, würde es nicht auf 14 Schreibmaschinen-seiten allennmäßig belegt worden sein.

Was sich in Waldenburg ereignet hat, ist einer der größten deutschen Kommunalstandale, vielleicht der größte der letzten Jahre!

Mit einer solch unerhörten Leichtfertigkeit ist mit dem Gelde der Steuerzahler gewirtschaftet worden, daß jedes Wort der Beurteilung noch viel zu schwach ist.

Der Bericht der Untersuchungskommission — gegen dessen Formulierungen in einigen wesentlichen Punkten das kommunistische Mitglied Malzer Protest eingelegt hatte — soll uns Veranlassung sein, den ganzen Obligationen-Scandal einmal zusammengefaßt zu behandeln.

Wir drängen dabei wenig auf die Vorgeschichte der Angelegenheit ein. Die Stadt Waldenburg wollte eine 5-Millionen-Anleihe aufnehmen. Sie erhielt sogenannte „Obligationen“, also

Wertpapiere, die sie befehlen ließ, um bares Geld in die Hand zu bekommen. Schon ehe sie die Obligationen in der Hand hatte, waren 300 000 Mark Provisionen weg.

Dann wurden die Obligationen unter verschiedene Bankhäuser geteilt. Die schon öfters genannte „Bank“ Theodor Rathle, Berlin erhielt solche im Nennwert von 2840 000 Mark und zahlte 1 800 000 Mark aus. Die Stadt Waldenburg — d. h. der Oberbürgermeister — verpflichtete sich, falls der Börsenkurs der Obligationen um mehr als 5 Prozent sinkt, sogenannte Nachschüsse zu zahlen. Diese Nachschüsse sind eines der dunkelsten und den Waldenburger Oberbürgermeister Dr. Wiesner aus schwerster belastenden Kapitel. Hervorzuheben ist hierbei,

daß von all den finanziellen Manipulationen weder der Magistrat noch die Stadtverordnetenversammlung Kenntnis hatten.

Der diesbezügliche Vertrag trägt nur die Unterschrift des Oberbürgermeisters. Er hat also die ganze Geschichte auf eigene Kappe unternommen. Und das nennt man „Mitbestimmungsvertrag“ der „Bürgerchaft“. Mit Recht wies in der Stadtverordnetenversammlung der kommunistische Stadtverordnete Malzer darauf hin, daß sich Dr. Wiesner nur deshalb eine derartige Eigenmächtig-

keit erlauben konnte, weil er vorher stets in ähnlichen Fragen, wo er ebenfalls seine Machtbefugnisse überschritt, von den bürgerlichen Stadtverordneten gestützt und dadurch zur Fortsetzung seiner Selbstherrlichkeit geradezu ermuntert wurde.

Wenn heute die bürgerlichen Stadtverordneten mit um das verlorene Geld jammern, dann sei ihnen einmal in aller Deutlichkeit gesagt, daß sie an der Entwicklung der Dinge ein gerilltelt Maß Schuld tragen. Hätten sie, ebenso wie die Kommunisten es taten, schon vorher den Oberbürgermeister in seine Schranken zurückgewiesen, der Millionenstandal wäre wohl nicht gekommen.

Nachdem der Oberbürgermeister also für die Beilegung der Obligationen gesorgt hatte, was nicht ohne die Auszahlung riesenhafter „Provisionen“ an Vermittler — der Untersuchungs-schluß nimmt mindestens 40 000 Mark an! — abging, wurde auf die „legensreichen Auswirkungen“ der Anleihe gewartet. Sie zeigten sich bald. Rathle hätte für die übernommenen Obligationen sogenannte „Kuponzinsen“ zahlen müssen. Am 1. April 1928 wäre eine Rate von circa 90 000 Mark fällig gewesen. Rathle zahlte nicht. Dafür erschien ein Beauftragter von ihm, der beschäftigte Reichmann, und teilte mit, daß Rathle nicht zahlen könne,

weil er durch das bekannte „Schwebengeschäft“ mit der Sozialdemokratie

— auf das wir noch ausführlich zu sprechen kommen — in Schwierigkeiten geraten sei. Der Oberbürgermeister fuhr mehrmals nach Berlin. Rathle verlangte, daß man ihm das Verfügungsrecht über die Obligationen einräume. Obwohl der Oberbürgermeister vorher mehrmals vor Rathle gewarnt worden war, überließ er ihm doch die Obligationen. Ja noch mehr! Ein anderes Berliner Bankhaus, Kuczynski, wurde angewiesen, 840 000 Mark Obligationen, die in seinem Depot lagen, an Rathle auszuliefern. Und nun kommt etwas sehr Merkwürdiges:

Der Brief, der diese Anweisung enthielt, war nicht nur von dem Oberbürgermeister, sondern auch von dem zweiten Bürgermeister Behrens unterschrieben. Wie verträgt sich diese Tatsache mit der Behauptung, der gesamte Magistrat hätte von den fragwürdigen Manipulationen Dr. Wiesners nichts gewußt?

Man ist in der Mittwoch-Stadtverordnetenversammlung über diese Frage so merkwürdig schnell hinweggegangen. Warum? Ist kein Interesse dafür vorhanden, weshalb Behrens diesen doch sehr wichtigen Brief unterschrieb, obwohl er angeblich von den ganzen Geschäften keine Ahnung hatte?

Rathle hatte also die Papiere zur freien Verwendung. Er wollte sie verkaufen. Der Oberbürgermeister begründete — ohne auf die Einzelheiten des Geschäfts einzugehen — im Finanzausschuß diese Maßnahme mit dem Bargeldbedarf der Stadt. Der Finanzausschuß stimmte auf Grund dieser Darlegungen zu. Rathle hat jedoch zunächst die Papiere nicht verkauft, er hat sie wohl aus dem Depot Kuczynski herausgenommen und für die Herausnahme eine Abfindung von 45 000 Mark (!) als Entschädigung an die Firma Kuczynski gezahlt. Rathle hat nunmehr unter Zuhilfenahme einer Anzahl Vermittler einen neuen Geldgeber gesucht, den er nach seiner Angabe schließlich in der Bank Bruno Philipp Berlin fand. Erwähnt sei zunächst noch, daß Rathle für Vermittlung des Geschäftes Philipp im ganzen 171 630 Mark Provisionen gezahlt und an Kuczynski an Zinsen 134 619,19 Mark (darin die vorerwähnten 45 000 Mark) abgeführt hat (!). Das alles hat Rathle vor dem Postzeipräsidium ausgelegt. Bruno Philipp lombardierte die Papiere für den Betrag von 2 200 000 Mark, so daß Rathle also wieder 200 000 Mark einstecken konnte. Auch das hat er bereits vor dem Postzeipräsidium zugegeben. Was dann im einzelnen aus den Papieren geworden ist, und welche weiteren Geschäfte Rathle mit den Papieren getätigt hat, unterliegt zurzeit der Feststellung. Jedenfalls steht so viel fest — und das gibt Rathle auch zu —

daß die Obligationen verkauft sind, der Gegenwert hierfür nicht vorhanden ist und er der Stadt Waldenburg den Betrag von 1 029 000 Mark in Obligationen schuldet. Aus den Akten geht hervor, daß dem Oberbürgermeister bereits im September bekannt war, daß Rathle die Papiere verkauft, den Erlös aber nicht an die Stadt Waldenburg abgeführt hat. (!!!)

Am 22. September 1928 war der Oberbürgermeister mit Bankdirektor Pringal in Berlin und schloß mit Rathle einen Vertrag ab, in dem Rathle anerkennt, 710 000 Mark der Stadt Waldenburg schuldig zu sein. Rathle verpflichtete sich, 10 Prozent Verzinsungen in Ratenzahlungen von monatlich 60 000 Mark, beginnend vom

Eine gestohlene Denkschrift Groeners:

Die deutschen Kriegspläne aufgedeckt

Auffeuernde Enthüllungen der Londoner Presse

(Eig. Ber.) Berlin, 17. Januar. Der „Vorwärts“ veröffentlichte gestern in sensationeller Aufmachung Groeners geheime Flottendenkschrift, die die englische Zeitschrift „Review of Reviews“ bringt. Es handelt sich um das von Groener für das Reichskabinett angefertigte Memorandum über das Panzerkreuzer-Aufrüstungspläne und die Aufgaben für die deutsche Flotte. Groener sieht folgende Verwendungsmöglichkeiten für die deutsche Flotte: erstens gegen Polen, zweitens zum Schutze der deutschen Neutralität. Es sei nur eine Frage der Zeit, wie sich die widerstrebenden Interessen der verschiedenen Länder im Kriege entladen würden, wobei Deutschland wegen seiner neutralen Lage im Herzen Europas die größte Gefahr laufe. Die durch den Versailler Vertrag beschränkte deutsche Flotte könne nur durch die Kampfkraft der Flotte verstärkt werden. Zusammenfassend stellt Groener fest, daß die deutsche Flotte nach der Ersetzung der Linienfahrzeuge durch die Panzerkreuzer die baltische Küste beherrschen werde, und daß sie nach Ersetzung der alten durch die neuen Schiffe infolge ihrer höheren Seemilch imstande sein werde, die Ueberlegenheit selbst der großen russischen Kampfsschiffe zu neutralisieren.

Der „Vorwärts“ nennt die Veröffentlichung des Memorandums in der englischen Zeitschrift heuchlerisch einen ungeheuren Skandal, da es nur einem engen Personenkreis bekanntgewesen sei. Der „Vorwärts“ hat natürlich in Wahrheit längst Kenntnis von dieser Denkschrift gehabt. Das Memorandum bestätigt alles, was die kommunistische Partei den arbeitenden Massen über die deutschen Kriegspläne gesagt hat. Die kommunistische Partei hat immer wieder die Hintergründe der deutschen Flottenaufrüstung erklärt und die wertvollen Massen gegen die Kriegspläne des deutschen Imperialismus und ihre Unterstützung durch die Sozialdemokratie mobilisiert. Die Veröffentlichung in der englischen Zeitschrift beweist aber auch das enge Zusammenarbeiten des deutschen mit dem englischen Imperialismus und die eindeutige Richtung der deutschen Kriegsvorbereitungen gegen Sowjetrußland.

Heute veröffentlicht die Presse weitere Einzelheiten aus der Denkschrift, die im „Review of Reviews“ wiedergegeben wurde.

„Die starken Spannungen zwischen der Tschechoslowakei und Italien, zwischen Italien und Jugoslawien, zwischen Polen und Litauen, mit dem im Hintergrunde stehenden Rußland, haben Europa nicht zur Ruhe kommen lassen. Die Gegensätze zwischen England und Rußland sind offensichtlich. Die Enthüllungen der letzten Wochen (englisch-französisches Flottenkompromiß! D. Red.) beleuchten schlaglichtartig die Mächtegruppierungen der Zukunft um England-Franzreich einerseits und Amerika andererseits. Der Austrag

dieser Konflikte ist nur eine Frage der Zeit, und Deutschland läuft schwerste Gefahr, in Mitleidenschaft gezogen zu werden.“

Zur Begründung des Panzerkreuzerbaues führt also Groener, der es ja wissen muß, die Perspektive der zunehmenden Kriegsgefahr an. Er fährt fort:

„Wenn wir nicht wollen, daß unsere Neutralität verletzt und die Kämpfe auf unserem Gebiete ausgetragen werden, sind wir gezwungen, unsere Neutralität mit bewaffneter Hand zu wahren.“ Groener spricht hier nur von dem Fall, daß Deutschland in dem kommenden Kriege seine Neutralität schützen solle. Er ist für Aufrüstung der kriegerischen Verteidigung der deutschen Neutralität. Damit bedient sich Groener jedoch nur der kuglerischen Sprache des Auswärtigen Amtes und der deutschen Presse; er weiß ganz gut, daß die deutsche Bourgeoisie nicht die Absicht hat, in den kommenden Kriegen neutral zu bleiben. Der neudeutsche Imperialismus ist vielmehr bestrebt, seine Expansionsinteressen durch die planmäßige Vorbereitung des Krieges zu sichern.

In seinen weiteren Ausführungen begründet Groener den Panzerkreuzerbau lediglich aus den Gründen eines Krieges gegen Polen, also des Krieges gegen die Sowjetunion. Er schreibt:

„Der Reichsmarine erwächst eine dreifache Aufgabe: die Deckung der lebenswichtigen Seetransporte, der Eingriff in Kämpfe im Küstengebiet und die Deckung der Landkreiskräfte gegen die Einküftung von der See aus. Bei einem Krieg fremder Mächte wird der Anteil der Flotte darin bestehen, daß sie die Neutralität der Küstengewässer schützt. Wird aber Deutschland gezwungen, sich am Kriege zu beteiligen (!), so ist die Aufgabe der Flotte die gleiche, wie bei einem Handstreich auf Ostpreußen. Operativ und politisch ist es sehr wohl vorstellbar, daß die Flotte in eine Front gegen andere Anliegerstaaten als Polen einzutreten habe. Man denke an einen Konflikt zwischen Polen und Rußland oder Rußland und den Grenzstaaten!“

Hier entwickelt Groener sein Marine-Aufrüstungsprogramm unter dem direkten Gesichtspunkt des Krieges gegen die Sowjetunion. Er meint dann, daß die oben gekennzeichneten Aufgaben durch die neuen Panzerkreuzer besser zu erfüllen seien als durch die alten Linienfahrzeuge. Die deutsche Flotte müsse die Ostsee beherrschen! Zusammenfassend stellt er fest, daß die deutsche Flotte nach Ersetz der Linienfahrzeuge durch Panzerkreuzerbauten, die Ostsee gegenüber Polen nach aller Voraussicht beherrsche.

Diese Denkschrift nicht nur, sondern vor allem die darin entwickelten Gedankengänge des Krieges gegen Sowjetrußland, waren den sozialdemokratischen Ministern bekannt, als sie den Panzerkreuzerbau beschloßen. Sie sind jetzt die ausführenden Organe dieser Kriegspolitik und werden sie fortsetzen, wenn ihnen nicht die Massen der Arbeiterpartei entgegen in den Arm fallen.

Bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront gegen die Beamten

16. November 1923 ab, zu zahlen. Außerdem steht in diesem Vertrage, daß der reichlich dunkle Reichmann als „Treuhänder“ der Stadt in das Geschäft Rathle eingeleitet wird gegen ein Entgelt von monatlich rund 8000 Mark. (!) Unterdessen war dem Oberbürgermeister Schriftlich bestätigt worden, daß Rathle die Obligationen verkauft habe. Dr. Wiesner fuhr nach Berlin. Rathle erzählte ihm, er könne eventuell wieder mit der Sozialdemokratischen Partei wegen der Schwabenangelegenheit ins Geschäft kommen und auch sonst Geschäfte machen, aber er brauche Geld.

Dr. Wiesner, Bauinspektor Pringal und Rathle besprachen nun die Mitteilung über den Verkauf der Obligationen und die Art und Weise, und da seitdem der Verkauf der Obligationen um 85 Prozent auf 81 Prozent gesunken war, die vertraglich festgelegten Nachschüsse zu zahlen.

Als „Nachschüsse“ wurden auf Umwegen von der Stadthauptkasse über die Stadtbank an Rathle nach Berlin insgesamt 21.747,15 Mark gezahlt. In Wirklichkeit waren es aber, was Oberbürgermeister Dr. Wiesner auch zugibt, Beträge, die lediglich zur Sanierung der Firma Rathle dienen sollten.

Bei der Unterredung in Berlin erklärten Rathle und Reichmann, daß bei dem Verkauf der Papiere von vornherein nicht die Absicht bestand, den Erlös der verkauften Papiere sofort an die Stadt Waldenburg abzuführen, es sei der Oberbürgermeister nicht im Zweifel gewesen, daß der Erlös der verkauften Papiere nur zur Sanierung der Firma Rathle dienen sollte.

Und nun wohl mit dem Tölpel: Durch Verfügung des Oberbürgermeisters vom 19. November 1923 (!) wird die Stadtbank angewiesen, 21.747,15 Mark an Rathle zu zahlen. Bei der Aussprache mit Rathle in Berlin darauf hingewiesen, daß ja die Papiere längst verkauft waren, erklärte Rathle, daß er den Brief auf ausdrücklichen Wunsch des Oberbürgermeisters geschrieben habe.

Das sind, sehr zusammengefaßt, die wichtigsten Dinge des Waldenburger Kommunalhandels. Auf alle Einzelheiten einzugehen, war nicht möglich. Nun noch einige kurze Bemerkungen über die Stellung der Kommunisten zu den Vorgängen. Von vornherein hat die kommunistische Stadtverordnetenfraktion ein Strafverfahren gegen Rathle, Reichmann und Dr. Wiesner verlangt. (Pringals Beteiligung wurde erst später bekannt. Selbstverständlich ist auch gegen ihn das Verfahren einzuleiten.) Das Verlangen nach dem Strafverfahren wurde damals sowohl von den Bürgerlichen als auch von den Sozialdemokraten abgelehnt.

Wie richtig die Stellung der Kommunisten war, mußte selbst der Berliner Staatsanwalt zugeben, indem er den Verhaftungsantrag ablehnte mit der Bemerkung: „Ja, wenn er vier Wochen früher gefaßt worden wäre, dann hätte sich etwas machen lassen.“

Heute hat Rathle alles vertuscht. Daß er das konnte (obwohl natürlich auch heute noch eine Verhaftung möglich wäre), dafür darf er sich bei den Bürgerlichen und Sozialdemokraten bedanken. Es ist eben so, wie Genosse Malzer in der Stadtverordnetenversammlung ausführte: „Wenn es sich um einen Arbeiter handeln würde, der ein paar Pfennige aus Rot unterbringt, er wäre schon längst verhaftet. Aber dem Großen passiert nichts.“ Ja, die Hilfestellung der Bürgerlichen und Sozialdemokraten für „ihren“ Bürgermeister ging noch weiter. Dr. Wiesner beruft sich ausdrücklich darauf, nach Bekanntwerden des ganzen Schwindels mit Engel (Bürgerlich) und Klambit (Soz.) festgelegt zu haben, daß über die schlimmsten Dinge geschwiegen wurde. Herr Klambit hat jetzt als Untersuchungsausschuhvorsitzender alle Ursache, sich nicht so krampfhaft als den unerbittlichen Enthüller aufzuspielen. Das bezeichnete Stück aber leistete man sich in der Mittwoch-Sitzung selbst.

indem Bürgerliche und Sozialdemokraten den kommunistischen Antrag auf Eröffnung einer Debatte über den Bericht der Kommission und auf Beantwortung der Frage: „Was hat Waldenburg an der Anleihe insgesamt verloren?“ ablehnten.

Ebenso gegen SPD und SPD eine Entschließung zum Verlangen der Regierung. Das heißt Kaulbars für die Stadtverordneten.

Daß Bürgerliche und SPD den kommunistischen Antrag auf Auszahlung einer erhöhten Beihilfe an Erwerbslose, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, Sozial- und Kleinrentner auch noch ab-

lehnten, wird jetzt keinen wundernehmen. Hier handelt es sich zwar nur um 23.500 Mark, mit denen einigen hundert Menschen geholfen werden konnte, während sich in Berlin an Millionenbeträgen einige wenige Schmarotzer die Taschen füllen!

Kapitalistische Kommunalpolitik! Unsere weiteren Veröffentlichungen im Obligationenhandelsfall sollen ihr Wesen noch deutlicher enthüllen!

Arbeiterjugend demonstriert vor dem „Vorwärts“

Dem Jörgiebel-Verbot zum Trotz!

(Fig. Ber.) Berlin, 16. Januar. Gestern abend, am zehnjährigen Todestag Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, marschierten vor dem „Vorwärts“-Gebäude mehr als 1500 revolutionäre junge Arbeiter und Arbeiterinnen auf, um trotz des Demonstrationsverbots des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Jörgiebel in einer machtvollen Kundgebung ihren Kampfeswillen zu bekunden, das von Karl und Rosa begonnene Werk bis zum siegreichen Ende durchzuführen. Der Kundgebung auf dem Belle-Alliance-Platz schloß sich eine von revolutionärem Kampfesgeist getragene Massendemonstration durch die Lindenstraße an. An der Jerusalemer Kirche wurde der Zug von mehreren Lastwagen beschützt, die wahllos auf die Demonstranten einschlugen. Die zurückstehenden Massen sammelten sich erneut am Halleschen Tor, am Ebnhof- und Potsdamer Platz, um auch hier unter Abhängen revolutionärer Kampflieder mutig dem Jörgiebel-Verbot zu trotzen.

Neben mehreren durch Gummiknüppelstöße verletzten jungen Arbeitern wurden ungefähr 20 Arbeiter und Arbeiterinnen auf die bereitstehenden Polizeiautos geschleppt und ins Polizeipräsidium eingeliefert. Inzwischen war vom „Vorwärts“-Gebäude die Jörgiebel'sche Polizei alarmiert worden. Plötzlich tauchten zwei vollbesetzte Last-

wagen mit Polizei auf, die, vor die Spitze des sich bereits in Auflösung befindlichen Zuges fahrend, sich wie Wahnsinnige auf die Jugendlichen stürzte. Viele Jugendliche blieben, von Gummiknüppeln verfehlt, auf dem Straßenpflaster liegen. Mit besonderer Wut stürzte sich die Polizei auf die jugendlichen Arbeiterinnen, die wahllos herausgegriffen und auf die Autos geschleppt wurden. Bei diesem empörenden Massaker der Polizei wurde auch der Landtagsabgeordnete Genosse Kusländer schwer mißhandelt.

Die kommunistische Fraktion fordert die Streichung des § 40 der Besoldungsordnung, die sich, wie vorausgesehen, als eine neue Personalabbauverordnung auswirkt. Entschieden lehnt die SPD, die von Hilferding begründeten Zugriffsansprüche der hohen Ministerialbürokratie ab.

Dazu brachte Genosse Torgler folgenden Antrag ein: „Der Ausschuss wolle beschließen: Die im Nachtragsetats vorgesehenen 2.100 Millionen Mark für die Durchführung der Ministerialverfassung, für die Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigungen und für die Neuregelung der Ministerialzulagen sind zu streichen; der dadurch freiwerdende Betrag ist für die Besserungen der Besoldungsverhältnisse der Beamten in den unteren Besoldungsgruppen zu verwenden.“

Auf Vorschlag des sozialdemokratischen Abgeordneten Dersch wurde die Abstimmung über diesen Antrag vertagt. Inzwischen hat eine interfraktionelle Verständigung der Koalitionsparteien stattgefunden, die u. a. das Ergebnis zeitigte, daß man einen entscheidenden Teil der Beratung im Unterausschuss durchführen will. Genosse Torgler protestierte dagegen aufs Schärfste, da die kommunistische Fraktion Wert darauf legt, daß die Behandlung der Beamtenforderungen nicht in einer Dunkelkammer vor sich geht. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Donnerstag statt.

Im Hauptausschuss des Preussischen Landtages wurde gestern der Polizeihauhaushalt beraten. Genosse Rasper hielt eine große Anklage-Rede gegen die Orzelski-Polizei, die wir morgen veröffentlichen werden.

Vom Tage

Der Reparationsagent Parker Gilbert erklärt, daß die Gerüchte über seinen Rücktritt erfunden seien und er beabsichtige, am 26. Januar nach Europa zurückzukehren, um seine Arbeit als Generalagent für die Reparationszahlungen wieder aufzunehmen.

Durch ein Erdbeben, das die chinesische Provinz Schanshi heimsuchte, sind nach Peking Meldungen Hunderte von Personen ums Leben gekommen.

Die Berliner Polizei läßt durch die bürgerliche Presse verbreiten, daß es ihr geglückt sei, zwei weitere „Rundfunkantennen“, die den gelungenen Streich während des Volksbegehrens ausführten, zu ermitteln.

Dein Körper gehört Dir

Roman von Victor Margueritte
Berlin, Eich-Neiß-Verlag

Sie fühlte sich inmitten dieser aus allen Weltteilen zusammengebrachten Menge (die außer der ansässigen Bevölkerung, eine Wandbewelle von hundertachtzigtausend Menschen in Marjelle zusammenhielt) fremder als die Fremden. Bei Frau Roustan konnte sie sich wenigstens für fünfzig Francs im Monat in ihr Zimmer verdrängen, wie in eine Höhle. Sie lebte dort von Brot, das sie in Milch tauchte, und verachtete mit gutem Willen, sich anzurufen... Aber dies Bett! Eine alte Matratze auf ein paar Pfetten.

An die Liebe dachte sie nur noch mit unansprechlichem Widerwillen. Die Erinnerung an den Unbekannten und die an Franz vermischten sich im Schmerz mit den Bildern, womit sie die schmutzigen Lebensorten der Himmels verflochten, mit denen sie in Berührung gekommen war und von denen sie täglich in Berührung kam.

In ihren schlaflosen Nächten sah sie einen nach dem anderen wieder, von dem Käsehändler an, einem Gast des Hotels Manique, den die Schenkerin am Abend ihrer Ankunft auf sie aufmerksam gemacht hatte. Er war bereit, sie einem seiner Freunde, einem Erb- und Anwartsbesitzer an groß zu empfehlen, der Frauen zum Verteilen und Verpacken der Erbsen anstellte... Unterwegs hatte er ihr ein Glaschen „für einen frühlichen Augenblick“ angeboten... „Gefälligkeit gegen Gefälligkeits... Die Adresse gib' ich Ihnen nur unter dieser Bedingung...“

Und das Schicksal, wo sie an einem der ersten Tage froh- zitternd für drei Stunden eine Schwärze, aber heiße Bräse verschluckt hatte, die sich Rolle nannte! Gegenüber dem Schenker mit den vierzig Kupfergeschloß, die mit giftigem Branntwein gefüllt waren, lagen unbeweglich angefaßt zehn schwarze nebeneinander auf einer langen Bank, als seien sie aus Stein... Bei ihrem Anblick hatten die wütenden Männer schreiend geschrien; der gleiche gierige Blick hatte sich in aller Augen entzündet. Einer der Wilden hatte sogar mit schmerzlicher Gebärde mit der Hand gewinkt.

Rechnungen oder sich hingucken! Nicht einmal, sondern zwanzigmal hatte dieses Dilemma wieder vor ihr gestanden. An diese Sri-

assen des Verlangens, das auf den abstoßenden Gesichtern nicht die schöpferische, sondern die mörderische Weisheit herab zu dem Ausdruck kam, konnte sie jetzt. Sie sind in jedem Haus zu sehen und erfüllen die Straßen.

Wäre nicht der Gedanke an ihren Dufel, wäre nicht ihre Wirtin, Frau Roustan, die ihr hin und wieder ihre ärmlichen Einkäufe zum Mittagbrot lockte, besonders aber deren Tochter Etienne gewesen, mit der sie Freundschaft geschlossen hatte, so hätte sie vielleicht trotz der Anfälle von Energie, die sie nach ihren Kräfte schwarzer Stimmung immer wieder emporkiffen, irgendwie ein verzweifelt Ende gesucht. Ein Fehltritt nachts auf dem dunklen Kai oder der vorüberlaufende Lastwagen, dem man nicht ausweichen...

Glücklicherweise schloß sie die Erfahrung Etienne vor einem albertinen Tod und vor dem, was ihr empörter Etienne für noch schlimmer hielt: das sich Ergeben in ein gemeines Leben. Bei ihrer zweiten Begegnung hatten sie Dufreundschaft geschlossen, eines Abends, als sie an ihrer Mutter zum Essen gekommen war und Spi zusammengekommen in einer Ecke sich wärmend saßen. Sie hatte sich freundlich ihre Geschichte erzählen lassen und sie getrostet.

Ein merkwürdiges Mädchen, diese Tiemouli! Elegant, dank einem Hemdenfabrikanten, der ihr in der Rue Fontaine Kowiere ein Zimmer möbliert hatte und für ihre Kleidung sorgte, und tagsüber bei einer Parfümhändlerin beschäftigt — zufällig der gleichen, von der Frau Wilson mit Spi gesprochen hatte. — Eine Verkäuferin, die gelegentlich, um sich ihre kleinen Vergnügungen leisten zu können, sich selber verkaufte.

Aus ihrer jämmerlichen Kindheit und entgleisten Jugend hatte sie einen bitteren Stolz gegen den männlichen Egoismus geschöpft, einen verzweifelten, feilsch empörten Widerwillen gegen die soziale Barbarei.

Jedoch von unauffälligem Gebaren, mit einer Art, die jeder- mann gleich: Braune Haare, kleine Züge. Ein Gesicht ohne Charak- ter, wäre nicht das höhnische Feuer der kleinen schwarzen Augen gewesen... Sie waren ungerührt, angetan durch die Stunden bei der Parfümhändlerin oder bei dem Hemdenfabrikanten... „Höre, Spi! Das ist doch wenigstens ein netter Name! Spiritus, das langt mir zum Tischrücken!“

Sie lächelte traurig in der Erinnerung an Chateaub-Rouge. „Du bist nicht die erste, die mich so nennt.“

„Na gut, Spi, ich muß dir mal eine Moralpredigt halten! Du hast ja viel Herz. Keiner von den Kerls ist wert, daß man seinem Weib nachsieht! Und kein Unglück kann dir im Leben etwas anhaben, wenn du entschlossen darauf bleibst... Ein Bengel? Sieh dir nur mal die Italiener über uns an, mit ihrem Schwarm Kinder... Schlimmer als die Fliegen! Überall trauchen welche rum!“

„Sie wimmeln!“ unterstich Frau Roustan. „Das schlägt sich, das radert sich ab, das krepirt... aber das macht sich nichts draus...“

„Hör nur den Lärm, den sie da oben wieder machen...“

Die Alte seufzte: „Die da, das sind keine Fliegen, das sind Ratten!“

„Das ist wahr,“ meinte Spi, „ich kann oft nicht schlafen vor ihrem Lärm! Und ich schlafe sowieso nicht besonders gut!“

Die in ihren zwei Mansarden im fünften Stock zusammengepackte Familie Robiano war der Alp des Stockwerks Roustan — vier winzige Zimmerchen, deren eines ein Barbara bewohnte, ein Kofelenträger. Zwei bewohnte die Witwe Roustan und das letzte Spi, gerade unter dem Rabau der „Ratten“, außerdem die Wogntliche, in der sie alle drei plauderten.

Etienne spannt ihren Gedanken weiter: „Hätten die Ratten da oben nicht besser daran getan, ihre Brut zu erjäten, statt für die Firma Glend u. Co. zu arbeiten? Und trotzdem machen sie sich einen guten Tag!... Der Vater besäuft sich, die Mutter desgleichen, und wenn sie damit fertig sind, das „Tier mit zwei Köpfen“ zu machen, fangen sie von vorne an! Ergebnis: Nummer sechs ist unterwegs! Wird schön strotzlos werden!“

Spi lud die Ähselein: „Oder Hoffentlich für ihren Mussolini!“

Die patriotische Frau Roustan ließ einige sauerfüßige Bemerkungen über die transalpine Ueberchwemmung fallen. Die alte Stadt war so voll von ihnen, daß selbst die reservierten Viertel von ihren Kinder- horden wimmelten. Sie spielten in den Gassen längs der zum Hasen- lai abfallenden Straßen mit ihren Wägelchen. Gehänge viel- farbiger Wäsche tranketen an allen Fenstern und ließen mit ihrem pittoresken Schmutz die vorübergehenden Fremden staunen... „Ist das nicht laßhafte Kolossalarbeit? Man könnte meinen, man wäre in Neapel!“

Wie oft hatte Spi, wenn sie die Rue Torte hantierlam und verärgerte Bemerkungen hörte, Luft gehaht, jenen Amateurmalern anzurufen: „Schöne Farbe, aus Dred und Galle! Wohnt ihr doch mal da!“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Dombrowski, für den Betrieb und Waldenburg Wilhelm Wendt, für „Kriegs-“, „Kriegs-“ und „Kriegs-“... für den über- ichtigsten Teil Georg Paris, Gladenburg. — Für Inzerate B. Gerber, Breslau

Die Verräterrolle der rechten Renegaten

Böttcher und Tittel halten Kampfreden gegen die Kommunistische Partei

Am Dienstag wurde die erste Sitzung des Thüringischen Landtages im neuen Jahr abgehalten. In dieser Sitzung gab der Renegat Tittel im Auftrag von sechs weiteren Abgeordneten, die alle von der Kommunistischen Partei ihr Mandat erhalten haben, eine Kampferklärung gegen die Kommunistische Partei ab.

Dasselbe widerwärtige Schauspiel zeigte sich im Sächsischen Landtag, wo Böttcher im Auftrag von vier weiteren Renegaten, die der Kommunistischen Partei das Mandat gestohlen haben, eine Kampferklärung gegen die Kommunistische Partei hielt.

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse jubelt selbstverständlich angeichts der insamen Rolle, die diese Renegaten spielen, gegen die Kommunistische Partei und gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Lenin hat uns gelehrt, das Parlament als eine Tribüne in unserem Kampfe gegen die Bourgeoisie und ihre Lakaien im Lager der Arbeiterbewegung zu gebrauchen. Die Renegaten benutzen mit ihrem der Partei gestohlenen Mandaten das Parlament als Tribüne in ihrem Kampfe gegen den revolutionären Vortrupp des Proletariats.

Die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie irren sich, wenn sie glauben, von dem Renegatentum eines Duzends Parlamentarier auf eine Spaltung in der Kommunistischen Partei schließen zu können. In Sachsen, wo von den dreizehn Abgeordneten der Kommunistischen Parlamentsfraktion fünf sich zu dem Reformismus der Brandler'schen Partei bekennen, haben die rechten Renegaten in den Bezirken Dresden und Chemnitz nicht in einer einzigen Zelle eine Mehrheit für sich, im Bezirk Leipzig ist ihr Einfluß in der Mitgliedschaft im raschen Rückgang begriffen. Das schamlose Auftreten Böttchers wird diesen Prozeß beschleunigen.

Alle früheren Mitglieder der Thüringischen Landtagsfraktion mit Ausnahme des Genossen Zimmermann sind zur Brandler-Gruppe übergegangen. Die Diskussion in der Mitgliedschaft dagegen hat gezeigt, daß mit Ausnahme von zwei kleinen Unterbezirken die gewaltige Mehrheit der Mitglieder treu zur Partei und zur revolutionären leninistischen Politik der Komintern in der Partei steht.

Die Hilfstellung, die die Brandler, Thalheimer, Böttcher und Tittel heute der imperialistischen Bourgeoisie und dem Sozialimperialismus der deutschen Sozialdemokratie gewähren, wird den Vormarsch der Kommunistischen Partei, die Verstärkung des Einflusses der Kommunistischen Partei in der Arbeiterbewegung nicht aufhalten. Als einige Duzend ultralinke Parlamentarier im Reichstag, im Preussischen Landtag und in anderen Landesparlamenten den Kampf gegen die Kommunistische Partei führten, verläumdete die Bourgeoisie und der Reformismus den Verfall der Kommunistischen Partei. Inzwischen sind diese ultralinken Renegaten von der politischen Bildfläche verschwunden oder bei der Sozialdemokratie untergetaucht. Aber die Kommunistische Partei ist gewachsen und stärker geworden. Mögen die rechten Renegaten das Spiel der ultralinken Renegaten wiederholen; noch rascher als diese werden sie von der politischen Bildfläche verschwinden oder in der Sozialdemokratischen Partei ihre Verräterrolle zu Ende spielen.

Sozialdemokraten gegen die Landarbeiterjugend

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages haben die Sozialdemokraten am 8. Januar bei der Beratung des Landwirtschaftssetats folgenden Antrag eingebracht:

„Das Staatsministerium wird ersucht, in Zukunft den Besuch der ländlichen Fortbildungsschulen so zu regeln, daß den Schülern bei Besuch der Schule ein Lohnausfall nicht entsteht.“

Die Sozialdemokraten fordern also, daß die Landarbeiter nach Beendigung der Arbeitszeit die Schule besuchen sollen. Erst elf bis zwölf Stunden angestrengt schufteten, dann Schule besuchen, das ist auch die Meinung der D.D.V.-Bürokraten.

Die Forderung der Kommunisten lautet:

Die Schulkunden müssen während der Arbeitszeit stattfinden, der Lohn muß auch für die Schulkunden vom Arbeitgeber gezahlt werden.

Erst nachdem die Sozialdemokraten von unseren Genossen wegen des von ihnen gegen die jugendlichen Landarbeiter geplanten Verbrechens genügend gestäubt worden waren, bequemten sie sich dazu, ihren Antrag wieder zurückzuziehen.

Aus aller Welt

Ein reicher Hausbesitzer bestellt

Dieser Tage ist in Warschau ein bekannter Bettler gestorben, der seit Jahren auf dem Napoleonsplatz die Geige spielte. Nach seinem Tode stellte es sich heraus, daß er mehrfacher Hausbesitzer war und ein Gesamtvermögen von etwa einer Million Floty hinterließ.

Nach dreißigjähriger Ehe — erschossen

Am Dienstag erschoss die 64jährige Frau Ida Esmarck auf dem Gute Friedrichshöh in Boosheid ihren 65jährigen Gatten, den Rittmeister a. D. von Esmarck mit einem Revolver und tötete sich dann selbst. Der Grund der Tat dürfte Eifersucht sein. Das Ehepaar hatte eine dreißigjährige Ehe hinter sich. Frau von Esmarck wird als stark liebende und feingeistige Frau geschildert.

Schneesturm und Berwahrungen

Riesengebirge. Im Riesengebirge sind neue, sehr starke Schneefälle niedergegangen. Bisher sind bis 2 1/2 Meter Reuschnee gefallen.

In der Nacht tobte auf dem Gebirge ein heftiger Schneesturm. Es schneit weiter. Auf den meisten Landstrassen ist jetzt infolge der Schneeverwehungen jeder Verkehr unmöglich. Der Eisenbahnverkehr konnte bisher noch ziemlich fahrplanmäßig aufrechterhalten werden. Nur die Bleibertsbahn hat den Verkehr eingestellt.

Berlin. Nachdem in Berlin den Vormittag über klares Frostwetter geherrscht hatte, setzte gegen Mittag wieder starkes Schneegestöber ein.

Pommern und Mecklenburg. Infolge des Schneesturmes, der seit gestern aus nordwestlicher Richtung weht, sind starke Schneeverwehungen eingetreten. Fast alle vorpommerschen Kleinbahnen liegen still. Bei der Staatsbahn haben die Schwebenzüge zwei- bis dreistündige Verspätungen. Auch im Fernsprechverkehr sind starke Störungen aufgetreten. Der Schiffsverkehr von Stralsund nach Rügen ruht vollständig.

Mecklenburg. Der gestrige Schneesturm brachte im ganzen Lande Schneemengen, wie man sie seit Jahren nicht erlebt hat. Die Verkehrsstörungen nehmen immer größeren Umfang an. In Schwerin

mußte heute jeglicher Straßenbahnverkehr eingestellt werden. Der Schneesturm dauert mit unverminderter Heftigkeit an. In Danemark herrscht Schneesturm. Es sind Schneemassen niedergegangen, wie man sie seit Jahren nicht beobachtet hat. Der Eisenbahnverkehr erleidet große Unterbrechungen. Kopenhagen war den ganzen Vormittag hindurch ohne Verbindung mit den größten Zellen des Landes. Die Dampfschiffe haben gleichfalls starke Verspätungen. Ein Viehdampfer, der gestern abend mit 800 Stück Vieh an Bord von Alsborg nach Hamburg ausließ, mußte Aarhus als Nothafen anlaufen.

Achtung, Erwerbslose

In der heutigen Nummer der „Arbeiter-Zeitung“ erscheint zum ersten Male die Erwerbslosen-Beilage. Sie wird gewiß die Zustimmung aller Erwerbslosen finden, ist es doch die Kommunistische Partei und ihre Presse, die als einzige Partei die Interessen der Erwerbslosen rücksichtslos vertritt. Die Beilage soll regelmäßig jede Woche erscheinen, und zwar immer am Donnerstag (für die vorbereitete Ausgabe am Freitag). Bestellungen auf die „Arbeiter-Zeitung“ mit der Erwerbslosen-Beilage zum Einzelverkauf sind an den Verlag, Breslau 10, Trebnitzer Str. 60, zu richten. Zuschriften sind bis spätestens Mittwochmittag an die Redaktion unter derselben Adresse zu senden. **Leset und verbreitet die „Arbeiter-Zeitung“!**

Krise in der schlesischen Steinindustrie?

Riesengewinne der Steinbruchbesitzer — Trotzdem Arbeiterentlassungen — Weshalb?

Wie bereits bekannt, haben die Unternehmer in der schlesischen Granitsteinindustrie, ermuntert durch die passive Haltung der reformistischen Gewerkschaftsführer, den Lohnsatz zum Ende des Monats Januar gekündigt. Sie fordern den Abbau der Feuerungszulage von 48 auf 40 Prozent und Abschluß des Tarifes mit den niedrigeren Löhnen bis 31. Dezember 1930. Die Steinarbeiter sind über die Forderungen der Unternehmer äußerst empört. Die Forderung nach dem Lohnabbau und einer zweijährigen Dauer des neuen Vertrages wird von ihnen scharf zurückgewiesen. Auch die vorgeschlagene Tarifablaufzeit ausgerechnet am Ende des Jahres, also im Winter, wo die Arbeitsbedingungen erschwert sind, wird von den Steinarbeitern abgelehnt.

Die 7000 bis 8000 in den schlesischen Granitbrüchen beschäftigten Steinarbeiter sind fast reiflos im Steinarbeiterverband organisiert. Trotz dieses guten Organisationsverhältnisses unternehmen die sozialdemokratischen Verbandsführer zur Abwehr des unversöhnlichen Unternehmerangriffes so gut wie nichts. Statt den Kampf gegen die Steinbruchbesitzer zu organisieren, polemisiert Senft gegen Müller. Müller (Angestellter in Striegau) schlägt angeblich vor, eine Erhöhung der Stundenlöhne von 66 auf 75 Pfg. in der Spitze zu fordern. Der vorgesehene Inkass, dem Gauleiter Senft, erscheint diese Forderung zu radikal. Das äußerste, wozu er aus Liebe zu den Unternehmern eventuell bereit ist, ist eine Forderung auf Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Prozent, das ist von 66 auf nicht ganz 73 Pfennige.

Bei den bisherigen Beratungen mit den Funktionären des Steinarbeiterverbandes wurden Funktionäre von den Gewerkschaftsangehörigen verpflichtet, nichts von dem Gehörten weiterzuerzählen. In dieser Geheimdiplomatie zeigt sich die Angst der sozialdemokratischen Angestellten vor einer eventuellen Aktion der Steinarbeiter über ihre Köpfe hinweg. Zu der Angst haben die Bürokraten allerdings alle Berechtigung. Uns allen ist noch in Erinnerung der kühne Beginn des Steinarbeiterstreiks im verflossenen Jahre. Der Streik wurde begonnen, ausgebeutet und geführt gegen den Willen der Führer. Wenn er nicht mit einem vollen Erfolg abgeschlossen wurde, so nur deshalb, weil die Führer alle ihre Schliche anwendeten, um den Streik sobald wie möglich zu beenden, und es den Streikenden schwer fiel, gegen zwei Fronten zu kämpfen.

Um die Arbeiter zur Nachgiebigkeit zu zwingen, reden die Unternehmer von den angeblich schließenden Aufträgen. Um den Arbeitern die Geschichte glaubhaft zu machen, führen sie in vielen Betrieben Kurzarbeit ein. Einige Betriebe werden

vollständig stillgelegt.

Von den stillgelegten Betrieben seien erwähnt: Haje in Groß-Rosen mit etwa 100 Arbeitern, deren Stilllegung am 1. Januar erfolgt ist. Kramer in Jährnich mit etwa 150 Arbeitern ist vor etwa 10 Tagen stillgelegt worden. Erst seit einigen Tagen liegen die Steinbrüche in Falkhaus mit 160 Mann und Kulmiz in Häslacht mit etwa 200 Mann still. Wie verlautet, beabsichtigen die Vereinigten Schlesi-schen Granitwerke, in denen etwa 4500 Arbeiter beschäftigt sind (das sind zwei Drittel der Gesamtzahl der schlesischen Steinarbeiter) ihre Betriebe stillzusetzen. Die diesbezüglichen Verhandlungen haben bereits stattgefunden.

Ueber die Lage, in die insbesondere die Hilfsarbeiter infolge der brutalen Unternehmermaßnahmen geraten sind, geht uns folgende Arbeiterkorrespondenz zu:

Wochenlöhne der Hilfsarbeiter in den Steinbrüchen. Die Steinarbeiter sind alle auf Kurzarbeit angewiesen. In den meisten Steinbrüchen wird nur 39 Stunden gearbeitet. Der Lohn, den die Hilfsarbeiter bekommen, beträgt 19,75 Mark, und in der nächsten Woche wird bei der Firma A. Weiß 32 Stunden gearbeitet. Das ergibt, daß die Hilfsarbeiter mit einem Wochenlohn von

15 Mark nach Hause gehen müssen. Was soll ein Familienvater mit zwei bis drei Kindern mit diesem Gelde anfangen? Es reicht nicht einmal auf Lebensmittel, wo bleiben dann Miete, Kleider und Kohle? So was passiert in einem Staate, wo die Sozialdemokraten in der Regierung sitzen!

Was müssen die Steinarbeiter tun, um den streichen Unternehmerangriff abzuwehren? Sollen sie sich etwa durch die Kurzarbeit und die Stilllegungen einschüchtern lassen und sich mit dem Lohnabbau und dem langfristigen Tarif einverstanden erklären? Nein, das dürfen und werden sie nicht tun!

Die Offensive der Unternehmer muß mit einer Gegenoffensive der Arbeiter

beantwortet werden. Es genügt nicht, eine Erhöhung der Stundenlöhne zu fordern, wie dies Senft und Müller vorschlagen. Die fortschreitende Teuerung macht eine Erhöhung aller Löhne notwendig. Selbstverständlich muß ein kurzfristiger Tarif gefordert werden. Steinarbeiter, haltet sofort Versammlungen ab. Formuliert eure Forderungen. Wählt Kollegen aus eurer Mitte und beauftragt sie, die Leitung der Bewegung zu übernehmen. Fragt die in den einzelnen Betrieben gewählten Leitungen zu einer zentralen Leitung zusammen. Durch diese Maßnahmen werdet ihr die Tätigkeit der reformistischen Dremser durchkreuzen.

Verlangt von der Gewerkschaftsleitung, daß sofort in allen Betrieben ausführlicher Bericht über die Lage gegeben wird. Fordert die Gewerkschaftsführer auf, den Schlichter nicht anzurufen und sich an den Schlichtungsverhandlungen nicht zu beteiligen. Weist auf die Maßnahme des Schlichters, jagt die Dremser davon, organisiert den Kampf!

Die Steinbruchbesitzer fieden Riesengewinne ein

Von einem Mitglied des oberschlesischen Provinzialauschusses geht uns nachstehender Brief zu, aus dem hervorgeht, daß die Steinbruchbesitzer Riesengewinne einstecken, die sie auch jetzt noch in die Lage versetzen, die Betriebe aufrechtzuerhalten und höhere Löhne zu zahlen. Wenn sie das nicht tun, so nur, weil sie auch nicht auf einen Pfennig Profit verzichten wollen.

Die Reb. Ich lese soeben in der „A.Z.“ den Artikel „Schlesische Steinbruchbesitzer fordern Lohnabbau“. Es wird die Leser der „A.Z.“ interessieren, folgendes zu wissen:

Im Vorjahre beschäftigten wir uns u. a. im Provinzialauschuß mit dem Ankauf von Steinbrüchen. Der Landeshauptmann von O.S. begründete seinen Antrag auf Kauf besonders damit, daß im Vorjahre die Steinbruchbesitzer den Kommunen für gelieferte Steine wahre Wunderpreise gemacht und auch erhalten haben, weil die Kommunen ihnen nicht durch eigene Steinbrüche entgegen-treten konnten. So hat ein Steinbruchpächter in Schlesien, soweit ich mich erinnere, circa 170 000 Mark verdient, während er nur eine Pacht von 40 000 Mark jährlich zahlte.

Die liberale große Straßenbautätigkeit fördert diesen Steinbruchbesitzern oder -pächtern auch für dieses Jahr beachtlich hohe Gewinne, wenn auch die Provinz und auch einzelne Kreise zur Eigenproduktion übergegangen sind, da die eigenen Gruben, um als Beispiel die Provinz Oberschlesien zu nennen, erst am Anfang der Produktion sind, während, wie ich selbst gesehen, die privaten Gruben voll ausgebaut sind. Später werden diese Besitzer schon sehen, wie sie mit den kommunalen Gruben fertig werden.

Es ist bezeichnend, wie horrenlos die Preise für Steine sein müssen, wenn schon die kapitalistischen Vertreter für Ankauf von Gruben stimmen.

Weißer Zähne: Chlorodont

Ein Urteil von Vielen: „Da ich schon mehrere Jahre zum Putzen meiner Zähne Chlorodont benutze, gestatte ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich, seit ich Chlorodont verwende, schneeweiße Zähne bekommen habe. Ich hatte früher Zahnbelag und versuchte mit allen möglichen Mitteln denselben zu beseitigen, was mir mißlang, bis ich Ihre vorzügliche Zahnpaste Chlorodont kaufte und auch probierte. Chlorodont allein führte mich zum Ziel. Ich werde heute oft beneidet und gefragt, womit Sie pflegen und putzen Sie Ihre Zähne? Ich kann dann Ihre Zahnpaste Chlorodont weiter empfehlen, daß auch unsere Mitmenschen zu einem guten Resultat kommen, wie ich. Anbei ein Bild, woraus Sie ersehen wollen, daß meine Zähne auch wirklich schneeweiß sind, trotz des Rauchens. Wenn das Bild nicht mehr benötigt wird, bitte ich um Rücksendung.“ Berlin-Tempelhof, Chr. R. (Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt). — Ueberzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pf., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürsten 1,25 Mk., für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1,25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Man verlange nur echt Chlorodont und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Zum Geleit!

Am heutigen Tage erscheint zum ersten Male die Erwerbslosenbeilage als Publikationsorgan der schlesischen und ober-schlesischen Erwerbslosenausschüsse.

Die Erwerbslosenbeilage soll erstens einmal, wie schon oben gesagt wurde, das Publikationsorgan der Erwerbslosenausschüsse im Bezirk des Landesarbeitsamtes Schlesien sein.

Die Erwerbslosenbeilage erfüllt aber nur dann ihren Zweck, wenn sie in genügender Anzahl unter den Erwerbslosen verbreitet wird.

Schlesische Erwerbslose, auf zum Kampf!

Reigten schon die Arbeitslosenziffern des vergangenen Jahres, daß die Arbeitslosigkeit im Jahre 1928 bedeutend größer war als im Jahre 1927, so zeigt erneut das tiefenste Anschwellen der Arbeitslosenziffern der letzten Wochen, daß es langsam zu Ende geht mit der sogenannten guten Konjunktur der deutschen Wirtschaft.

Table with 2 columns: 1927, 1928. Rows: niedrigste Arbeitslosigkeit, höchste Arbeitslosigkeit.

Wenn man dem gegenüberstellt die Zahl der am 2. Januar 1929 vorhandenen 154 563 Erwerbslosen, so ist ohne weiteres erkenntlich, daß das diesmalige Anschwellen der Erwerbslosigkeit nicht allein auf die saisonübliche Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist.

Diese alarmierenden Ziffern zeigen der Arbeiterschaft, daß es für sie heißt, auf dem Posten zu sein. Geht aus ihnen doch hervor, daß von der Arbeitslosigkeit auch Berufe erfasst werden, die sonst in dieser Jahreszeit nicht unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hatten.

Die Arbeiter müssen schon heute rufen für den Kampf gegen die Not der Erwerbslosigkeit, müssen schon heute den Kampf derjenigen unterstützen, die bereits auf der Straße liegen.

Was haben aber die Erwerbslosen zu tun, die bereits seit Wochen, seit Monaten, ja viele schon seit Jahren das Elend der Erwerbslosigkeit kennengelernt haben.

Der Kampf der Erwerbslosen darf aber nicht losgerissen von den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, geführt werden.

Der Kampf der Erwerbslosen darf aber nicht losgerissen von den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, geführt werden.

Der Kampf der Erwerbslosen darf aber nicht losgerissen von den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, geführt werden.

Der Kampf der Erwerbslosen darf aber nicht losgerissen von den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, geführt werden.

Der Kampf der Erwerbslosen darf aber nicht losgerissen von den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, geführt werden.

Der Kampf der Erwerbslosen darf aber nicht losgerissen von den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, geführt werden.

Die Rationalisierung bei den Arbeitsämtern

60 Kilometer Fußmarsch in der Woche, nur um der Stempelpflicht zu genügen — Anträge brauchen vier Wochen bis sie erledigt werden

F. J. Mit dem 1. Oktober 1927, dem Tage des Inkrafttretens des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, sollte nach Meinung der Väter dieses Gesetzes, der Sozialdemokraten, ein freischer Zug durch die Arbeitsämter wehen.

Hand in Hand mit der sogenannten Vereinfachung des Geschäftsverkehrs ging eine straffere Organisierung der Landesarbeitsämter und der Arbeitsämter.

Die bisherigen Landesarbeitsämter der Provinzen Niederschlesien und Oberschlesien wurden zu einem Landesarbeitsamt zusammengelegt und ihnen noch der Grenzkreis Fraustadt angegeschlossen.

887 öffentlichen Arbeitsnachweise auf 362 Arbeitsämter verteilt, d. h. weit über die Hälfte aller Arbeitsnachweise wurden eingezogen.

Die Zusammenlegung der Arbeitsämter hatte aber zwangsläufig noch weitere Zusammenlegungen zur Folge.

einen Weg von über 20 Kilometer am Tage

zurücklegen müssen. Was das bedeutet, besonders im Winter, wo alle Wege verschneit sind, und bei den 15 bis 20 Grad Kälte, die in den letzten Tagen herrschten, davon können oder wollen sich die Herren, die eine derartige Verordnung veranlaßt haben, kein Bild machen.

Die im Anfang erwähnte „Vereinfachung des Geschäftsverkehrs“, d. h. eine beschleunigte Abfertigung der Erwerbslosen hat sich aber ins Gegenteil verkehrt.

Verlängerung der Bearbeitungszeit auf das Doppelte. Die Leidtragenden hierbei sind natürlich die Erwerbslosen, die nun länger auf die erste Unterstützungszahlung warten müssen.

Katastrophal aber werden diese an sich schon unhaltbaren Zustände, wenn die Erwerbslosigkeit anschwillt.

Die Erwerbslosen haben nunmehr den Kampf gegen diese Mißstände aufzunehmen.

Nur ein-, höchstens zweimalige Stempelpflicht in der Woche. Befreiung von der Stempelpflicht auf dem Arbeitsamt oder der Nebenstelle.

Zulässigkeit der Meldung in den Dörfern, bei den Gemeindevorstehern oder ähnlichen Stellen!

Beschleunigung der Bearbeitung der Anträge! Falls sich die Bearbeitung des Antrages länger hinzieht, Zahlung der vollen Arbeitslosenunterstützung zunächst als Vorschuß!

der Kapitalisten wichtiger als die Interessen derer, durch die sie groß geworden und in den Ministerstühlen hineingehoben worden sind.

Um welche Forderungen haben die Arbeitslosen zu kämpfen? In erster Linie ist es die Forderung nach Arbeit.

„Der Kongreß fordert von den öffentlichen Gewalten die von den Arbeiterorganisationen verwaltete allgemeine obligatorische Arbeitslosenversicherung, deren Kosten die Besitzer der Produktionsmittel zu tragen haben.“

Die Erwerbslosen dürfen aber nicht glauben, daß es genügt, in einer Erwerbslosenversammlung eine dementsprechende Resolution zu fassen und alles nur den Parlamenten zu überlassen.

Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Erwerbslosenversammlung in Danzlaw gestoppt

Am 11. Januar wurde in Danzlaw die erste diesjährige Erwerbslosenversammlung abgehalten. Genosse Gabel als Vorsitzender des Erwerbslosenrates verlas das Protokoll sowie den Tätigkeitsbericht.

wirkung durch Beispiele. Nunmehr setzte eine rege Aussprache ein, welche alsbald heftig wurde, besonders zwischen dem Genossen Gabel und dem Kollegen Hartmann.

„Am 11. Januar 1929 beschäftigte sich die Erwerbslosensammlung, im Beisein des Ortsauschusssekretärs des ADGB, mit der Neuregelung der Unterstützungsbezüge für die Saisonarbeiter.“

Dem Janatiler Hartmann wollen wir folgende Fragen vorlegen: Richtet sich die Resolution namentlich gegen eine Partei oder Gewerkschaft?

Ist es ein Verbrechen, auf die soziale Ungerechtigkeit, die erneute Belastung der Kommunen usw. hinzuweisen?

Ist nicht schon ein Unterstützungsverlust von einer Mark für einen Erwerbslosen schwer genug?

Befiehlt für die Danzlawer Arbeiter keine Notwendigkeit, sich gegen diese Maßnahmen zu wehren?

Darf der Angegriffene sich nicht wehren?

Es sei festgestellt, daß die Sprengung der Versammlung nicht zu spät erfolgte, sondern vorher eingeleitet und besprochen war.

Waldenburger Bergland

An Soermus

Ein Freiburger Arbeiter hat unter dem Eindruck des Soermus-Konzertes folgendes Gedicht verfaßt:

Ob' Dank, großer Meister, leuchtender Stern,
der du aus Kämpferhöhn und Armen bringst entgegen
sich innig, menschliches Verstehn.

Ueberstrahle sie weiter,
die Scharen der Klassen und Bleichen,
damit sie der Schönheit Kunst
goldenes Tor betreten, erreichen.

Gleich einem leuchtenden Fanal
in verklärtem Klingeln,
wird deiner Weiße Wunderton
unsere Seelen und Herzen bezaubernd durchdringen.

Drum mach' dich erbraufe das hohe Lied
der Menschheitsinjonie in vollem Chor
von Millionen wieder zu Millionen ans Ohr.

Nag das Abendrot sinken in den Nebel der Zeit,
das neue Morgenrot winkt uns
ans leuchtende Ufer der Menschlichkeit.

Wir fürchten sie nicht, Entbehrung und Not,
weil schon immer Ruinen bedecken tragen Schrott,
nur nachhaft weiter geschritten,
und wir haben ein Leben nie umsonst gelitten.

So sei dir, großer Meister der Tat, offenbart,
wir haben dein Werk verstanden, begriffen,
wir haben durch dich den Weg,
nordwärts zum Sieg der Freiheit beschritten.

D. Sch.

Jahresbericht der Arbeiter-Samaritaner-Kolonie Weißstein.

Die Kolonie Weißstein leistete in 1933 Fällen erste Hilfe. Nicht- undschuldig Transporte wurden ausgeführt. Wochen wurden für 17 öffentliche, 21 sportliche, 4 Gewerkschafts- und 10 Parteiveranstaltungen gestellt. Es wurden 8 Übungskunden, 7 öffentliche Übungen, ein Lehrkursus mit 12 Mitgliedern und ein Massagekursus mit 18 Mitgliedern abgehalten. Krankenpflegerarbeiten wurden in 45 Fällen unentgeltlich an die Einwohnergesellschaft ausgeliehen. Das Krankenauto der Gemeinde Weißstein wird in der nächsten Zeit der Arbeiter-Samaritaner-Kolonie Weißstein zur Verfügung stehen, welche von der Kolonie unentgeltlich ausgeführt werden. Transportbestellungen bitte durch die Unfallmeldestellen, durch die Polizeiwache, Fernruf 1342 oder Bruno Walter, Fernruf 1276, geben zu wollen.

Dittersbach. Achtung, Wohnungsuchende! Die Gemeindeverwaltung gibt bekannt: Bei dem Wohnungsamt Dittersbach wird zurzeit die Wohnungsliste berichtigt bzw. neu aufgestellt. Die eingetragenen Wohnungsuchenden werden durch Postkarte aufgefordert, sich im Wohnungsamt zu melden. Die auf der Postkarte festgesetzten Meldebefehle sind genau einzuhalten. Alle Eingetragenen, welche sich nicht melden, werden in der Wohnungsliste gestrichen. Das Büro ist geöffnet von 9 bis 13 und von 15 bis 18 Uhr. Neueintragenen erfolgen nur Montags und Freitags.

Nieder-Sernsdorf. Freireligiöse Gemeinde Sonntag, den 20. Januar, um 17,30 Uhr, findet im Gasthaus „Zur Friedenshoffnung“ das erste Stiftungsfest statt. Alle Gesinnungsfreunde sind dazu eingeladen.

Oberes Revier

Die Gottesberger Erwerbslosen protestieren

Am Sonnabend versammelten sich die Erwerbslosen in Gottesberg, um scharfen Protest zu erheben gegen die Verklebung ihrer Anträge auf Arbeitsbeschleunigung seitens des Wohlfahrtsamtes (SPD) und gegen das Arbeitsamt in Waldenburg wegen der jämmerlichen Bearbeitung der Unterbringungsanträge. In einer einstimmig angenommenen Entschließung an das Arbeitsamt in Waldenburg fordern sie die Erledigung ihrer Unterbringungsanträge spätestens in acht Tagen oder Unterbringungs-Vorschlag. Die Erwerbslosen sind nicht mehr gewillt, wochenlang auf die Genehmigung ihrer Anträge ohne jegliche Unterstützung zu warten. Besonders schmerzhaft ist das Arbeitsamt dieses hinter die Läden! Deshalb erwarten auch die Erwerbslosen vom Wohlfahrtsamt in Gottesberg. Wegen die Herren dort nicht etwa glauben, daß nur Anträge auf Hilfsbedürftigen-Unterstützung gestellt werden, um von dort ablehnende Bescheide zu erhalten. Die Erwerbslosen gehen nicht ein, daß man in der Stadt auf Kosten der Arbeiterkassen und des Wohlfahrtsamtes Erbarmnisse erzielen will, um die im Dreißigstündigen Karriere fluchtzu machen. Erinnert wird dabei an das „billige“ Hausprojekt für den Schulneubau usw. Auch wurde gefordert, daß man den Zuhörerraum im Stadtvorordneten-Sitzungsraum erweitert, damit nicht die Zuhörer gedrängt wie die Heringe sitzen brauchen. Ein diesbezüglicher Antrag wird der Stadtvorordnetenversammlung eingereicht werden. Bergleiblich verjuchte Kollege Sander (SPD), die gegen seine Parteiführer erhobenen Beschuldigungen zu verteidigen. Er mußte selbst von indifferenten Arbeitern bittere Wahrheitsreden einbringen. Die Kollegen Sander, Ulrich und Jochemann weisen in ihren Ausführungen besonders noch auf die Verhinderungen des Erwerbslosenfürsorgegesetzes hin und brandmarkten die schäblichen Praktiken der führenden Sozialdemokratie. Die Erwerbslosen stimmten auch dafür, daß die „Arbeiter-Zeitung“ mit der Erwerbslosen-Beilage an die Erwerbslosen durch Einzelverkauf gelangt. Die gutbesuchte Versammlung wurde geschlossen mit der Aufforderung an die Erwerbslosen, daß sie sich mehr denn je am politischen Kampf beteiligen sollen.

Freiburg

Der Deutsche Holzarbeiterverband hält am Sonnabend, dem 19. Januar, 19,30 Uhr, im Gasthof „Zum Blücher“ seine Generalversammlung ab. 1. Neuwahl der Ortsverwaltung; 2. Wahl eines Delegierten zum Verbandstag; 3. Vortrag über Arbeitslosenversicherung. Holzarbeiter, erscheint alle!

Landeshut

Was das so sein?

Durch die Umstellung der Arbeitsämter sind Zustände geschaffen worden, die einer sofortigen Abhilfe bedürfen. Es geht nicht an, daß die Erwerbslosen, auf denen sowieso schon der größte Druck der wirtschaftlichen Not lastet, noch durch die bürokratischen Mißstände der Arbeitsämter besonderen Notizen ausgesetzt werden. Nicht anders als wie bürokratische Mißstände kann es aber bezeichnet werden, wenn die Erwerbslosen des Kreis Landeshut noch so lange auf die Genehmigung ihres Antrages warten müssen und in dieser Zeit auf die „hässliche“ Hilfe der Wohlfahrt angewiesen sind. Die Stadt Schömberg zahlt an Erwerbslose mit kinderreichen Familien im ganzen Monat zehn deutsche Reichsmark. Viele Erwerbslose erhalten in dieser Zeit auch durch die Wohlfahrtsämter keinerlei Unterstützung. Wird zum Unglück eines Erwerbslosen ein Antrag nicht genehmigt und erhebt er Einspruch beim Spruchamt, so ist er außer, daß er nicht Wochen, sondern (mindestens einen) Monat darauf warten kann, bis darüber verhandelt wird, und er kann von Blind sprechen, wenn beim ersten Termin endgültig über den

Einspruch entschieden wird. Bei Reklamationen derselbe bürokratische Weg. Reisegeld und Arbeitsausstattungsgeld werden nur noch gewährt, wenn sich der Arbeitslose verpflichtet, die Beträge zurückzuerstatten. Die Zusammenlegung der Stempelfellen ist eine besondere Härte, hauptsächlich für ältere Erwerbslose, die gerade in der kalten Winterzeit außerordentlich hart empfinden wird. Aber es sind ja nur Arbeitslose, die unter all diesen Härten zu leiden haben. Den Verantwortlichen Stellen aber sagen wir, daß die bis jetzt geduldigen Erwerbslosen Abhilfe fordern werden, allerdings nicht mehr beim Vorstehen des Arbeitsamtes Waldenburg.

Eine Kreisaktion der Arbeitslosen aus dem Kreise Landeshut wird sich mit diesen Fragen demnächst befassen und die nötigen Schritte einleiten, die zur Beseitigung der Mißstände erforderlich sind.

Achtung, Rot-Front-Kameraden! Da die Winterverhältnisse günstig sind, treffen sich am Freitag, dem 18. Januar, um 10,30 Uhr alle Kameraden der Roten Jungfront am Fuße des

Eine invalide Witwe gewaltsam aus der Wohnung gefekt!

Ein Skandal in Rohnsdorf. — Eine polizeilich gesperrte Wohnung soll wieder bezogen werden.

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Auf welche Art und Weise gegen arme, invalide Witwen vorgegangen wird, zeigt folgender Vorfall, der sich in Rohnsdorf abgespielt hat. Bei dem Bruchschmied Helfer wohnte als Mieter die Witwe Mauer schon eine ganze Reihe von Jahren. Bei ihr im Logis ist ihr Sohn, welcher im Steinbruch arbeitet. Dieser verkehrt mit einem Mädchen, die bei einem Bauern im Dorfe in Diensten steht. Die dem Mädchen vorliegend ist ein Kind entpflanzt, das jetzt ungefähr 1 1/2 Jahre alt ist. Nun ist es vorgekommen, daß das Mädchen in der Wohnung der Frau Mauer einige Male übernachtet hat, was dem Hausbesitzer Helfer Unlust gab, dagegen einzuschreiten. In einem Wortwechsel Helfer mit dem Sohn der Frau Mauer schlug Helfer diesen mit dem Holzpantoffel auf den Arm, wobei natürlich Josef Mauer ihm die Antwort nicht schuldig blieb und ihm eine „Sektion“ verabfolgte. Das war der Grund, daß Helfer eine Räumungsklage gegen Frau Mauer einreichte. Helfer gibt als Grund an, daß durch das Übernachten des Mädchens sein Haus „in schlechten Ruf“ gerate, außerdem brauche er die Wohnung als Schlafzimmer für seine Kinder, die getrennte Schlafzimmern haben müssen, der Sittlichkeit halber. Und siehe da, das Mietsschiedsgericht in Bolkshain gab der Klage Helfers auf Räumung der Wohnung statt. Da nun Frau Mauer keine andere Wohnung hatte und ihr auch keine zugewiesen wurde, wurde sie laut richterlichem Entscheid am 11. Januar herausgeholt. Helfer hatte sich den strammen Stahlfelmann Renner herbeigeht und räumte mit diesem gemeinsam die Wohnung der Frau, unter Beisein des Gerichtsvollziehers Wasche aus Bolkshain und des Gemeindevorstehers Began der.

Arzberger (Koboldbahn) gang). Weiter wird die rote Jungfront am kommenden Sonntag zum Sport ausmarschieren. Treffpunkt um 9,30 Uhr an der „Sonne“. Bei beiden Zusammenkünften sind Robi oder Sil mitzubringen. Kameraden, zieht euch, wenn möglich, warm an und legt Bundeskleidung und RFB-Abzeichen an.

An die Arbeiterkassen! An alle Besetzer! Die Internationale Arbeiterhilfe beabsichtigt, in nächster Zeit und unter Woche aus allen, nicht mehr getragenen Bekleidungsstücken herzustellen, um diese für die kriegsleidenden Arbeiterfamilien zusammen zu lassen. Es ergeht deshalb die Bitte an alle, die alte Bekleidungsstücke besitzen, diese beim Genossen P a h o l d, Schleichhausstraße 17, abzugeben.

Lieber R F B-M a c h r i c h t e n. Am Sonntag veranstaltet die Sportgruppe ein Rodeln auf der idealen Rodelbahn der Stadt. Für die Skilabellung findet am Sonntag, dem 20. Januar, eine Ausfahrt über die Regbaue nach dem Pajerplan statt. Alle Kameraden erscheinen in Bundeskleidung und mit leichtem Gepäck. Antreten um 8 Uhr am Bergschloß, selbst bei Tauwetter. Am 2. Februar findet ein Kameradenschaftsabend statt mit Bericht von der Autonomen und Unterzeichnungsstunde über Nachrichtenblättchen (Morszeichen). Jeder Gruppenführer macht dies seinen Mitgliedern bekannt. Jeder Kamerad rüstet sich für diesen Abend mit Schreibmaterialien aus.

Das gesamte Mobiliar wurde an den Rand der Reife gestellt, die Kartoffeln ebenfalls, die zum größten Teil e r z a r e n sind. Der Frau wurde eine Wohnung beim Gutbesitzer Walter zugewiesen, welche seit vier Jahren polizeilich gesperrt ist. Die Verantwortung über diese Notwohnung hat der Amtsvorsteher Werner übernommen. Der Schornsteinfeger mag dort wegen Einsturzgefahr nicht mehr legen. Frau Mauer soll nun die Kosten des Rechtsstreites tragen und 37,30 Mark binnen acht Tagen zahlen. Da sie dazu nicht imstande ist, wurde ihr die

Mähmaschine gepfändet

welche die Frau sehr nötig braucht, da ihr die eine Hand vollkommen fehlt. Außerdem wurde das Fahrrad von der Frau des Sohnes mitgepfändet; soweit geht heute die Justiz, daß sogar Sachen von Unbeteiligten gepfändet werden. In der Gemeindeverwaltung sitzen die S o l a b e m o l r a t e n, aber eine Wohnungskommission kann man nicht finden. Obwohl genügend Wohnungen vorhanden wären, so man die Frau hätte unterbringen können, sind die Behörden völlig rathlos. Amtsvorsteher Werner hebt die polizeiliche Sperre über die Wohnung ohne weiteres auf. Nun kommen eventuelle Unglücksfälle infolge eines Einsturzes der Wube auf sein Konto. Es sei noch bemerkt, daß Frau Mauer die Miete regelmäßig bezahlt hat. Der SPD-Gemeindevertreter Menger soll geäußert haben, daß diese Wube für Frau Mauer „gut genug“ sei. Sein Fraktionsgenosse Wagner soll gesagt haben, „wegen dieser Frau gehe er nicht zur Sitzung“. Gutbesitzer Walter, ebenfalls Gemeindevertreter, hat erklärt, die Verantwortung darüber übernimmt er nicht, aber doch wurde in der Sitzung der Beschluß gefaßt, daß die Frau in diese Wohnung ziehen soll. Kommentar überflüssig!

Niederschlesien

Görlitz

Das Komitee der Auslandsfreunde

teilt uns mit, daß am Donnerstag im „Bismardgarten“ eine Versammlung der Leser der „Einheit“ und der Auslandsfreunde stattfindet. Als Referent erscheint Genosse D. Kühne-Berlin. Gäste willkommen.

Der Kurus über die Thesen und Resolutionen des 6. Weltkongresses findet am Donnerstag 20 Uhr in der „Union“, Langenstraße, statt.

Grünberg

Eintretung der Erwerbslosen

Im „Grünberger Wochenblatt“ lesen wir folgende Notiz: „Wer kann Schöffe werden?“ Darin heißt es unter anderem: „Schöffe kann nicht werden, wer nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist“, oder „wer Armenunterstützung bezieht“. Es wird also der Armenunterstützungsempfänger mit dem „Erosen“ auf eine Stufe gestellt. Erwerbslose, merkt euch das, und vor allem die Leute, denen ihr das zu verdanken habt. So weit ist der Verrat der SPD. gegangen, daß, wenn ihr jetzt durch die Sonderbestimmungen der Kriegsfürsorge mit 6 Wochen ausgesetzt seid, neben dem Beitrag an der Unterstützung ihr gleichzeitig als „Erosen“ gestempelt werdet. Seht euch dagegen zur Wehr, daß man euch zu Geloten stempelt, schießt euch zur Abwehr zusammen und kämpft mit den Kommunisten gegen dieses Schandgesetz und seine Befürworter. Lebt die „Arbeiter-Zeitung“, die auch in diesem Kampfe unterstützt.

Ermittelt wurde dieser Tage ein Mieter von der Alt-Reißlerstraße. Obwohl die Frau krank zu Bett lag, wurde darauf keine Rücksicht genommen. Der Stadtmagist erklärte die Frau nicht für „so“ krank, und so wurden die Möbel in die Baracken geschafft allerdings in einen sehr kleinen Raum, daß nicht mal die Möglichkeit besteht, ein einziges Bett aufzustellen. Arbeiter, das ist das Los, wenn du durch die Arbeitslosigkeit deine Miete nicht zahlen kannst, seiner hart. Erkenne hieraus, daß du kämpfen mußt gegen noch weitere Verelendung. Schliche dich den Reihen der SPD an, die den Kampf führt für die Vernichtung dieser Gesellschaftsordnung.

Sprotau

Brandstiftung

Sonntag morgen gegen 1/3 Uhr bemerkten Reichswehrangehörige, daß in den mehrliegenden Baracken Feuer ausgebrochen war. Trotz aller Löschversuche brannten ein Schuppen und ein Stall nieder. Die Arbeiter mußten schnell aus dem Bett heraus, denn schon brannte die eine Front der Wohnbaracke. Schon seit zehn Jahren stehen diese Baracken, und das Wohnungsamt stellt Arbeiter hinein. Für die Arbeiter ist es gut genug, denkt man sich. Für alles Mögliche verbüßert die Stadt Geld, doch Wohnungen, damit die sehr große Zahl der Wohnungsuchenden, die man sich schon seit drei bis vier Jahren suchen, ein menschliches Unterkommen finden, werden nicht gebaut. Wenigstens keine Arbeiterwohnungen, wohl aber für Leute, die einen schweren Geldbeutel haben. Und dann das „Sprotauener Tageblatt“. Wenn irgendeinem hohen Tier etwas zuflößt, so ist es gleich zur Stelle mit Wünschen zur Besserung und dergleichen. In diesem Falle hat das Blättchen das so ganz nebenbei „vergessen“. Wie schon oben gesagt — es sind ja nur Arbeiter. Die Proleten sollen aber daraus erfahren, daß der heutige Staat nichts für sie übrig hat, und daß die bürgerliche Presse aus ihren Wohnungen entfernt werden muß.

Magnus

Fünf-Tage-Auszahlung an die Arbeitslosen vom Lande.

Durch die Massenarbeitslosigkeit ist der Nachweis gezwungen, daß Geld an zwei Tagen auszugeben. Bisher wurde an die Stadt am Freitag und an die Erwerbslosen vom Lande am Sonnabend ausgezahlt. Mit einem Male erklärte der Vorsitzende vom Nachweis, Herr Weizenborn, es sei eine Verfügung herausgekommen, daß den

Arbeitslosen, welchen schon am Freitag (Stadt) die Unterstützung gezahlt bekommen. Der Arbeitsloserrat lehnte dieses ab. Darauf wurde, also bei der nächsten Auszahlung nur fünf Tage ausbezahlt bekommen. Der Arbeitsloserrat lehnte dieses ab. Darauf erklärte Herr Weizenborn, mit den Leuten vom Lande sei besser auszukommen, die protestieren nicht immer gleich. Es wurde bei der letzten Auszahlung auch wirklich die Fünf-Tage-Auszahlung bei den Landarbeitern durchgeführt, ja, sie müssen jetzt sogar Freitags in die Stadt zur Geldauszahlung. — Erwerbslose Landarbeiter, es ist an der Zeit, daß auch ihr euch einen Erwerbsloserrat wählt, der eure Interessen vertreten kann. Rauf jeden Freitag die „Arbeiter-Zeitung“ mit der Arbeitslosenbeilage. Sie wird euch auf dem laufenden halten.

Note-Hilfe-Nachrichten. Allen Genossen zur Kenntnis, daß am Montag, dem 21. Januar, 19,30 Uhr im V o l k s h a u s e (Versammlungszimmer) die erste Mitgliederversammlung stattfindet. Tagesordnung: Jahresbericht, Kasienbericht, Neuwahl. Erscheinen ist Pflicht. Die Unterlassierer müssen am Sonnabend bestellen.

Bom RFB. Der Ausmarsch am Sonntag fällt wegen der Fahrerschule in Liegnitz aus. Alle Kameraden beteiligen sich Sonnabend am Zeitungsvorverkauf.

Aus der Bewegung. Genossen, Kameraden! Alles trifft sich am Sonnabend 13,30 Uhr wieder am Bahnhof. Die Beteiligung eines jeden einzelnen ist unbedingt erforderlich. Die Kassierer müssen die Genossen und Kameraden zur Mitarbeit auffordern. Alle müssen sich an der Vorbereitung für die „Arbeiter-Zeitung“ beteiligen.

Bunzlau

Ein Amtsgerichtsrat vom Dienst suspendiert

Wie verlautet, ist Amtsgerichtsrat Reumann wegen Dienstreueverfehlungen vom Amte suspendiert worden. Die Art dieser Verfehlungen wird geheimgehalten. Reumann war als Reaktionsbehafteter bekannt.

Meineid im Alimentenprozeß?

Vor dem Liegnitzer Schwurgericht, das unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelte, stand unter der Anklage des Meineids die im Jahre 1900 geborene, geschiedene Geddamm Johanna aus Ottendorf, Kreis Bunzlau. Im Juli 1927 sollte sie in einem Alimentationsprozeß vor dem Bunzlauer Amtsgericht einen Meineid geschworen haben, indem sie beschwor, nur mit einem Tischler intim verkehrt zu haben. Die Beweisaufnahme ergab jedoch keinen Anhalt für das Gegenteil, so daß das Schwurgericht zum Freispruch kam.

Liegnitz

III. Gedenkfeier in Liegnitz

Freitag 20 Uhr im „Reichsadler“, Hagnauer Straße. Kein Genosse darf fehlen. Bringt Bekannte mit!

Glogau

Begnabigung einer Mörderin. Durch Begnabigung wurde die jetzt 23jährige frühere Magd Anna Böll, die am 26. April 1920 die 64 Jahre alte Mutter ihres Arbeitgebers im Bett überfallen, getödtet und dann ertränkt hatte und am 16. Juni 1920 vom Glogauer Schwurgericht zum Tode verurteilt worden war, zu 15 Jahren Zuchthaus begnadigt. Die Verurteilte beging die Tat aus Liebe zu dem Sohne der Frau Teige, die sich einer ehelichen Verbindung der beiden entgegensetzte.

Aus dem Riesengebirge

III. Gedenkfeier in Hirschberg

Am Sonnabend 20 Uhr findet im „Berliner Hof“ die Lenin-Gedenkfeier-Luzemburg-Gedenkfeier statt. Wir bitten die Hirschberger Arbeiterkassen, uns bei dieser Gedenkfeier zu unterstützen. Arbeiter vom Hirschberg, sorgt für Massenbesuch! Kassendienung Punkt 19 Uhr.

Polizeiterrror im Hindenburg Stadiparlament

Deutschnationaler Alterspräsident a's Hausnackt - Provokierendes Verhalten der Polizei - Zuhörerraum wird von Polizei geräumt - Genosse Hartmann wird auf drei Stunden ausgeschloffen - Wirtschaftsbefehle für die Erwerbslosen mit den Stimmen der SPD. abgelehnt - 250 Mk. für den Kaffe für Bürgermeisterei

Die am Dienstag stattgefundene Stadtverordnetenversammlung hatte einen recht bewegten Verlauf. Die Hausnacktmethode gegen die kommunistische Fraktion und gegen die Erwerbslosen im Zuhörerraum wurden in der brutalsten Weise durch den deutschnationalen Professor Kleinwächter als Alterspräsidenten angewendet. Er fand dabei die vollste Unterstützung der Sozialdemokraten, die es natürlich nicht gerne sehen, wenn die Arbeitslosen zu den Sitzungen erscheinen und sich überzeugen von der schändlichen Haltung dieser "Arbeitervertreter" in sozialen Fragen. Die Arbeitslosen, die vor der Stadtverordnetenversammlung auf dem Marktplatz zu einer Demonstrationslundgebung gegen die ablehnende Haltung des Magistrats zu ihren Forderungen auf Wirtschaftsbefehle usw. zu Hunderten aufmarchierten, demonstrierten anschließend vor der Mittelschule, wo Stadtverordnetenversammlung und Magistrat lagten. Zum Schutz der letzten Bürger waren über 50 Schuppien unter Führung von zwei Offizieren erschienen. Den hungernden und ausgemergelten Arbeitslosen, die um Brot für sich und ihre Kinder demonstrierten, schickte man Polizei entgegen, die sich sehr brutal gegen die Arbeitslosen benahm. Den Genossen Hartmann als Sprecher der Kommunisten für die Erwerbslosenforderungen hatte man mit seinem Oberleutnant und drei Mann aus dem Saale abgeführt.

Nach 18 Uhr eröffnete Stadtverordnetenvorsteher Dr. Dypert die Sitzung und gab bekannt, daß der Stadtverordnete Kroler (Str.) sein Mandat niedergelegt habe und an seine Stelle heute der Oberstudiendirektor Schleupner eingeführt werden solle. Genosse Jendrosch sprach gegen die Einführung von Schleupner, da Herr Kroler ohne Angabe von Gründen sein Mandat niedergelegt habe. Die Einführung des Oberstudiendirektors Schleupner

beweise den Sieg des rechten Flügels im Zentrum.

Immer mehr werden die Arbeiter aus der Zentrumskolonie gedrängt, an ihre Stelle treten reaktionär eingestellte Leute. Jetzt habe man nur einen Proleten als Paradesperd in der Fraktion. Wegen der Widerstand der Kommunisten wird durch den Oberbürgermeister der schwarzweißrotgoldene Mann mit dem üblichen Schmonzes eingeführt. Der vom Vorsteher gegebene Jahresbericht wies auf, daß gerade die sozialen Anträge in ihrer Mehrzahl durch den Magistrat nicht durchgeführt worden sind. Genosse Jendrosch führte eine scharfe Kritik wegen der Nichtdurchführung dieser Anträge. Er führte Fälle an, wo man Hunderttausende von Mark für Sachen auswarf, die im schärfsten Widerspruch mit den Interessen der werktätigen Schichten stehen. Die Haltung des Magistrats zur Not der Erwerbslosen und sonstigen Hilfsbedürftigen zeigt die arbeiterfeindliche Einstellung desselben. Bei ihrer Not werden diese Schichten noch geradezu verhöhnt. Ehe der Genosse Jendrosch seine Ausführungen zu Ende führte, unterbrach der Vorsteher wegen der erregten Stimmung im Zuhörerraum unter den Arbeitslosen die Sitzung. Unterbrechen waren schon über fünfzig Schuppien angerückt und besetzten die Eingänge bis zum Sitzungsraum.

Hier „Ordnungsmann“ postierten sich im Zuhörerraum auf.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde von kommunistischer Seite die Entlassung der Polizei aus dem Hause und die Zulassung der untenstehenden Arbeitslosen verlangt, soweit im Zuhörerraum Platz sei. Der Vorsteher, der die Unterstützung der übrigen Parteien fand, scherte sich einen Teufel um die kommunistische Forderung, sondern erklärte, daß die Polizei im Saale bleibe. Den kommunistischen Antrag auf Beratung des Erwerbslosenantrages nach der Wärmehilflehnte man geschlossen ab. Die Erregung der Arbeitslosen machte sich wegen der Anwesenheit der Polizei und nicht zuletzt wegen der Stellungnahme der Parteien zu ihrem Antrage immer stärker bemerkbar. Der als Alterspräsident fungierende deutschnationale Stadtverordnete Kleinwächter war gleich als Hausnackt zur Stelle. Er gab den Befehl, den Zuhörerraum, ohne daß ein wirklicher Grund vorlag, räumlos zu räumen. Die Schuppien benahm sich gegenüber den empörten Zuhörern sehr „höflich“. Der Genosse Hartmann, der von dem Renegaten Zwaka, der bei den Reformisten landete, in

der größtmöglichen Weise beschimpft wurde, rechnete gleich mit diesem Durcheinander. Daraufhin wurde er auf eine Sitzung ausgeschloffen. Da er der Aufforderung, die Sitzung zu verlassen, und mit Recht, nicht nachkam, beschloßen die Parteien den Ausschluß auf drei Sitzungen. Ein Oberleutnant und drei Schuppien führten den Genossen Hartmann unter Protest der Fraktion aus dem Saale. Die Wärmehilflehnte erneut die traurige Gemeinschaft von Dypert bis zum Stadthelmsmann Stenel. Die Kommunisten als zweitstärkste Fraktion schloß man aus dem Büro aus. Dr. Dypert, Laßki wurde gegen die Stimmen der Kommunisten zum Vorsteher wiedergewählt.

Wir nehmen nur einzelne Punkte aus der Tagesordnung heraus und werden in weiteren Artikeln die Vorlagen behandeln, die das Interesse der breitesten Schichten finden.

Das vom Magistrat vorgelegte Wohnungsbauprogramm wurde durch den Genossen Byschka als völlig unzulänglich dargestellt. Bei 8000 Wohnungsuchenden sollte man in diesem Jahre nur 680 Wohnungen erstellen, wobei man für 100 Wohnungen die Hauszinssteuer an private Bauherren abgeben müßte. Gefordert wurde, den Wohnungsbau prinzipiell in städtischer Regie durchzuführen.

Die Kosten für die Inneneinrichtung des Bürohause an der Peter-Paul-Strasse sind gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt worden. Die Kommunisten wandten sich nur dagegen, daß für die Magistratsmitglieder Schreibstempel zu 250 Mark, kleine Schreibstempel zu 400 Mark und 1500 Mark für Ausstattung der Bänke des Oberbürgermeisterbüros verwendet werden sollen. (Wir kommen auf diese Dinge nochmals zurück.)

Die Behandlung des kommunistischen Antrags auf Ausbau des Omnibusverkehrs und Herabsetzung der Fahrpreise wurde auf Antrag der Sozialdemokraten, die die Ueberweisung an die Verkehrs-Kommission forderten, abgelehnt.

Der Antrag der Erwerbslosen wurde nur in einigen Punkten angenommen. Die Sozialdemokraten stimmten gegen die Bewilligung einer einmaligen Wirtschaftsbefehle. Dampel, der zu sehr war in der Erwerbslosenversammlung am Dienstag voriger Woche zu sprechen, trotzdem er anwesend war, hatte die Klappe vollgenommen. Er konnte dies ja tun, da der Zuhörerraum geräumt war.

Die Erhöhung der Unterstützungsbeträge, wie sie die Kommunisten forderten, lehnte man ab. Angenommen wurde ein Änderungsantrag der SPD, der verlangt, daß der Magistrat die in Breslau geltenden Beträge zur Auszahlung bringe.

Die Anfrage auf Auskunft über den abgeschlossenen Gasvertrag mit der Industrie, glaubte der Oberbürgermeister damit beantwortet zu haben, daß er erklärte, daß der Vertrag im Interesse der Stadt liegt und die Stadtverordnetenversammlung kein Recht habe, in den Vertrag Einsicht zu nehmen. Die Kommunisten beantragten Besprechung der Anfrage. Der Oberbürgermeister, der glaubte, daß der kommunistischen Fraktion eine Abschrift des Vertrages nicht vorzulegen, sprach sich für die Besprechung aus in der Annahme, daß die erhobenen Anschuldigungen gegen ihn und Bürgermeister Franz wegen schwerer Schädigung der städtischen Interessen nicht belegt werden könnten. Genosse Paris führte nur einzelne Paragraphen des ihm vorliegenden Vertrages an und führte den Beweis, wie die Interessen der Stadt „gewahrt“ wurden. Es war ihm ein leichtes, nachzuweisen, wie verbrecherisch man durch den Abschluß dieses Vertrages gehandelt habe. Der Vertrag bedeute nicht mehr und nicht weniger, als die Auslieferung der Gasfernverförmung an die Industrie. Während den Ausführungen beschloßen diese Brüder unter sich, die Beschlußfähigkeit des Hauses herbeizuführen und schlängelten sich aus dem Saale. Dem Oberbürgermeister und dem Bürgermeister Franz war bei der Enthüllung dieser Tatsachen nicht sehr wohl, da sie während der Ausführungen des Genossen Paris sehr erregt dazwischen sprachen.

Die kommunistische Fraktion wird diese ungeheuerlichen Dinge erneut in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zur Beratung stellen. Diese Brüder, die sich vor der Deffektivität brüden wollen, werden Rede und Antwort stehen müssen.

die durch die heimtückische Krankheit aus ihrem Familien- und Erwerbleben gerissen worden sind.

Die erschreckenden Zahlen werfen ein greißes Licht auf den Gesundheitszustand der arbeitenden Klasse. Die Statistik der Sterbefälle ist eine laute Anklage gegen die kapitalistische Profitwirtschaft und den Staat. Von einer Fürsorge im Sinne des Wortes, durch Staat und Kommunen ist nichts zu verspüren. Das von den Sozialdemokraten regierte Preußen, das zur Sicherung der kapitalistischen Klassenherrschaft jährlich 301 Millionen Mark für Klassenkassen, 202 Millionen Mark für Polizei ausgibt, hat für die Förderung des gesamten Volksgesundheitswesens nur ganze 2,6 Millionen Mark übrig. Auf die Bekämpfung der Tuberkulose entfallen ganze 800 000 Mark. Die Zahlen illustrieren den „sozialen“ Inhalt dieses Klassenstaates.

Ratibor

Gewerbeschreiber Pannell bietet sich als Transporteur für Fürsorgezöglinge an

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.) Es ist in Ratibor ja allgemein bekannt, daß P. ein Streber ist und schon in mehreren Parteien seine Gastrollen gegeben hat. P. galt immer als der „unentbehrliche“ Mann. Nun ist er bei den Nationalsozialisten gelandet. Dort scheint er gut aufgenommen zu sein, da die Partei ja Schreier braucht. Kurzzeit tritt P. als Berater für Wohlfahrtsfragen auf. Man sieht Herrn P. des öfteren aus dem Wohlfahrtsamt spazieren kommen. So auch sprach P. letztes wegen einer Unterstützung für ein junges Fräulein vor, das er gleich zur Hand hatte. Dabei soll P. auch beim Inspektor S. vorgeschritten und sich hierbei als Transporteur für Fürsorgezöglinge angeboten haben. Wenn er hierbei nicht zu verwenden sei, so wolle man ihm doch einen kleinen Nebenverdienst geben. Es scheint die Gewerbeschreiberei doch nichts einbringen zu wollen. Wenn das der Fall sein sollte, so möge P. zu uns Erwerbslosen kommen und klemmen. Einträglich ist ja Herr P. die Gewerbeschreiberei doch als das Stempeln.

P. als Transporteur für Fürsorgezöglinge würde in Oberhiesien noch fehlen. Wie wäre es, Herr P., als Transporteur für diejenigen nach dem „Sanatorium“ Los? Sie hätten da sehr viel zu tun, da ein Teil Ihrer Parteifreunde reif ist für Los. Viel Glück.

Stadtverordnetenversammlung

Freitag, den 18. Januar, nachmittags 6 Uhr, findet die erste Sitzung des Stadiparlaments im neuen Jahre statt. Die Tagesordnung enthält u. a. Kenntnisnahme von der Nachweisung der Tätigkeit der Stadtverordneten im abgelaufenen Geschäftsjahre. Weiter hat die Wahl des Büros für das Jahr 1929 zu erfolgen. Bekanntgegeben wird eine Reihe unvermuteter Rassenprüfungen und Abnahme von Jahresrechnungen und Magistratsanträgen.

Patschkau

„Der größte Lump im ganzen Land ist und bleibt der Demnuzant!“

Als am Freitag, dem 11. Januar, unsere Genossen mit dem Verkauf der „Arbeiter-Zeitung“ im Vorraum des Stempellokals beschäftigt waren, war die bekannte Größe der SPD, Kluge, anwesend. Als er sah, daß die Kollegen vom Land die Zeitung gekauft hatten, war er sehr erbittert und denunzierte die Genossen bei einem Angestellten des Arbeitsnachweises. Dieser Herr kam heraus und verfuhr mit lächelnder Miene den Verkauf zu unterbinden. Unsere Genossen stellten sich nun am Eingang auf und veräußerten die Zeitungen reißlos. Als nachher dieselben Genossen auf dem Polizei-Kommissariat zu tun hatten, wurde die geschäftliche Angelegenheit (Veranstaltung der „Trommler“) erledigt, und nachher wurde der Herr Polizeinspektor von unseren Genossen befragt, ob gegen sie eine Anzeige schon vorliege. (Weil der SPD-Mann Kluge vom Arbeitsnachweis den geraden Weg nach dem Rathaus gegangen war.) Diese Frage wurde mit ja beantwortet, gleichzeitig wurde erklärt, der Arbeitsnachweis sei benachrichtigt worden, eine Hausordnung herauszugeben. Weil die Patschkauer Arbeiterschaft in der Deffektivität erklärt hat, daß das „Vollblätt“ mit seinen Artikeln schwindelt, versucht die SPD, jetzt mit allen Mitteln, auch unseren Genossen den Zeitungserwerb zu erschweren. Aber sie werden sich täuschen!

Und wieder waren es die bösen Kommunisten

Als am 8. Januar die Notstandsarbeiter vom Flußbau wegen Frost und Kälte die Arbeit niederlegen mußten, wurde auf Beschluß einer Versammlung ein Dringlichkeitsantrag an den Magistrat gestellt um eine Wirtschaftsbefehle, weil in den letzten Wochen der Lohn zu minimal ausfiel, daß ein Verheirater mit 10 Mark Wochenlohn und noch darunter nach Hause gehen mußte. Außerdem wurde eine Verhandlungskommission gewählt, die sich aus Genossen zusammensetzte. Das Ergebnis war, daß ein Verheirater 8 Mark und ein lediger 4 Mark Beihilfe erhielt. — Patschkauer Arbeiter! Im „Vollblätt“ wird es wieder heißen, dank der sozialdemokratischen Hilfe ist dies geschehen, aber zufälligerweise wissen die Heuchler nichts davon.

Hallo — „Die Trommler“ — Hallo Dienstag, den 20. Januar, treten in Patschkau erstmalig „Die Trommler“ auf. Partien sind zu haben bei allen Genossen der SPD. und den Kameraden des KPD.

Oppeln

Nur höhere Schulbildung berechtigt zur Teilnahme

Uns wird mitgeteilt: In diesen Tagen fanden wieder die alljährlichen Aufnahmen zur Teilnahme an dem Hebammenlehrgang in der hiesigen Provinzial-Hebammenlehranstalt statt. Als diese Frauen, die aufgerufen wurden, machten sich in Wägen usw. größere Ausgaben. Als nun in letzter Minute einige Teilnehmerinnen mit höherer Schulbildung sich meldeten, wurden plötzlich neben der schon erschienenen Frauen entlassen und an deren Stelle die mit höherer Schulbildung berufen. Herr Dr. Schöffel, gibt Ihnen die höhere Schulbildung die Gewähr, daß diese „höheren“ Lächler die übertragenen und zukünftigen Arbeiten besser als die einfachen Frauen ausführen! Sie, der Sie sich doch so vollständig gebären, müßten doch wissen, daß diese Frauen meistens in der Praxis versagen. Wir hoffen, daß diese Klasseneinteilung recht bald ein Ende hat.

Die Freie Sportvereingung Goslamiß

veranstaltet am Sonntag, dem 20. Januar, im Gasthaus „Sojanneberg“ einen Maskenball, zu dem sie alle Arbeiter einladet.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen
Freitag, 18. Januar, 18.30 Uhr, Mitgliederversammlung.
Samstag, 20. Januar, 9 Uhr, Mitgliederversammlung beim Genossen Kautentronch.
Sonntag, 20. Januar, 16 Uhr, Mitgliederversammlung im Hotel Segeht.
Montag, 20. Januar, 11 Uhr, auf dem Ring öffentliche Kundgebung.
Dienstag, 20. Januar, 14 Uhr, Beiliegendeversammlung G. 12. E. 17 und E. 23 im Lokal „Stadt-Tropfen“.
Mittwoch, 20. Januar, 12 Uhr, öffentliche Versammlung in Anstehenden Mitgliederversammlung.
Donnerstag, 20. Januar, 16 Uhr, Mitgliederversammlung in der Wohnung des Genossen Aufschaff.

Stellerregende Zustände in einem Fleischerei-Betriebe

Beuthen. Geradezu unglaubliche Zustände in einem Fleischereibetriebe wurden in einer Verhandlung vor dem Einzelrichter des Beuthener Amtsgerichts zur Sprache gebracht, die sich gegen den wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz angeklagten Marktfleischer Dittmer von der Groß-Dombroster Straße richtete. Eines Tages im September vorigen Jahres hatte der Angeklagte sein Dienstmädchen beauftragt, Schwarten, die zur Verarbeitung von Preßwursten bestimmt waren, einzuwässern und zu kochen. Bei der Entnahme der Schwarten aus einem Behälter in der Remise trocknen dem Mädchen unzählige Maden sofort über die Hände. Das Mädchen machte von seiner Wahrnehmung einer Hausbesitzerin Mitteilung, auf deren Anraten sie die Polizei in Kenntnis setzte. Das Polizeiamt ordnete daraufhin eine Revision der Fleischerei des Angeklagten durch den Vorsteher des Nahrungsmittel-Untersuchungsamtes am Beuthener hygienischen Institut, Professor Dr. Schütz, mit zwei Gewerbepolizeibeamten an. Bei ihrer Ankunft trafen die Beamten den Angeklagten an, als dieser Waren nach seiner Remise trug. In zwei Mülden befanden sich, von noch halbwegs genießbarem Fleisch zugebedt, Fleischstücke von grünlicher Farbe, die schon hart in Verwesung übergegangen waren und mit einer Anzahl verfaulten Knochen nach dem Gutachten des Professors Schütz einen üblen aasartigen Geruch verbreiteten. An den Wänden der Remise hingen eine Anzahl Leber- und Arafauer Würste, die durch ihr schmieriges Aussehen sofort auffielen. Mehrere dieser Würste waren von Ratten angegriffen. In der Küche wurde der Topf mit den Schwarten gefunden. In dem Topf waren auch verfaulte Knochen zum Kochen mit zugelegt worden. Auf der Oberfläche des Wassers schwamm eine Unmenge toter Maden. Die Professor Dr. Schütz in seinem Gutachten ausführte, sind die von dem Angeklagten auf diese Weise hergestellten Waren im höchsten Grade gesundheitsgefährlich. Auf seine Veranlassung wurden auch sofort nach der Revision Fleisch- und Wurstopfarten im Gemücht von annähernd einem Zentner in der städtischen Gasanstalt verbrannt. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß wurde der Angeklagte zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Dieses Urteil dürfte doch wohl zu milde sein. Es ist anzudeuten, daß Gewerbepolizei und Gesundheitsämter des öfteren Kontrollen in den Betrieben, die Nahrungsmittel erzeugen, durchführen.

150 Millionen für die Kirche

Der Klerus entfaltet eine mächtige Propaganda für das Konkordat und verweist dabei mit Vorliebe auf die angeblich vorhandene „Not der Kirchengemeinden“. Es handelt sich hierbei um eine bewußte Entstellung der Tatsachen. Amlichem statistischen Material zufolge erhielt die protestantische Landeskirche im Vorjahr allein in

Preußen 48 Millionen Mark und die katholische Kirche 21 Millionen Mark Staatszuschüsse. Die preußischen Synagogengemeinden erhielten einen Betrag von 157 000 Mark, insgesamt belaufen sich die Ausgaben im Reich und in den Ländern für das Rechnungsjahr 1928 auf 126 Millionen Mark.

Für das Jahr 1929 wird mit einer bedeutenden Steigerung dieser Zuschüsse gerechnet, so in Preußen allein mit Erhöhung der Summe von 71 auf 83 Millionen Mark, im Reich von 126 auf etwa 150 Millionen Mark. Die Kirche hat also keinerlei Ursache, sich über mangelnde Staatszufuhren zu beklagen, sind doch die Reichskammer der Kirche an Landereien, Gebäuden, Gold- und Silberbeständen usw. bekannt. Die Arbeiterschaft muß nachdrücklich die Trennung von Staat und Kirche fordern, sollen nicht noch weitere Millionen für die Kirche, dieses ideologische Herrschaftsinstrument des Kapitalismus, aus den Steuern der arbeitenden Massen verpulvert werden.

Die Tuberkulose im Kreise Beuthen

114 Personen im Vorjahre im Kreise Beuthen gestorben

Die Tuberkulose grassiert in immer stärkerem Maße. Wohnungsnot und Wohnungselend sind Faktoren, die der Ausbreitung der Tuberkulose Vorkommen leisten. Dazu kommt noch, daß auch die wirtschaftliche Not die bedrohten Familien nicht alle die Fürsorge-maßnahmen ergreifen läßt, die diese treffen müßten, um sich in genügender Weise vor der Tuberkulosegefahr zu schützen.

Welch gefährliche Auswirkung die Tuberkulose in den großen Industriegemeinden des Kreises genommen hat, das zeigt am deutlichsten der Umstand, daß im vergangenen Jahre insgesamt 765 kranke Personen gezählt wurden. In dieser Zahl sind alle die nicht eingetragenen, die als tuberkuloseverdächtig oder tuberkulosegefährdet bezeichnet werden können. Was dies zu bedeuten hat, kann man daraus ermessen, daß fast alle diese Kranken mitten in der Familie hausen müssen und ihre Absonderung aus Mangel an Räumen nicht vorgenommen werden kann. Die Fürsorge erstreckt sich auch demgemäß auf alle Familienangehörigen dieser Kranken. So hat sie etwa 2000 Personen in allen Gemeinden zu betreuen. Trotsdem sind aber im vergangenen Jahre 267 Personen als neu erkrankt der direkten Krankenfürsorge unterstellt worden.

Das schrecklichste Bild zeigt aber die Statistik der Sterbefälle. So sind im vergangenen Jahre 114 Personen der Tuberkulose erlegen. Meist handelt es sich um Menschen zwischen 20 und 40 Jahren,

Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36800

Täglich 20 Uhr
Opette und Ihre Freunde

Gedelt Betten
25 und 40 Mark
rote Inletts
verkauft
Leihhaus, Oelsner Str. 12

Stadt-Theater Breslau
(Opernhaus)
Donnerstag, 19.30 Uhr
Figaros Hochzeit
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie II 10
Wtda
Sonnenabend, 19.30 Uhr
Garmen
Sonntag, 20 Uhr
Schwanda, der Dodelschpeller

Masken und Theater-Kostüme
neu u. preisgünstig - verkauft billigst
Größt. u. Spezialhaus
Breslau, Messersasse 30
H. Wiersing Am Neumarkt - Tel. 31644

Grad-
und Rock-Anzüge
Herm. Monhaupt
Karlikraße 11.
Telefon 87083
früher Albrechtstraße

Pfänder-Auktion
Mittwoch den 23. Jan. d. J.
Verlängerung nur bis Montag, 21. Januar
Leihhaus Grundmann
Trebntzner Str. 21

Fleisch- und Wurstwaren
Richard Krusch
Verkaufsstellen:
Adalbertstraße 15, Klosterstraße 49
Matthiasstraße 166, Ohlauer Str. 87
Tiergartenstr. 26 (Ecke Kaiserstr.)

Freitag in der Nordsee
Bohrer Straße 2 - Schmiedebrücke 19
Neue Schweltditzer Straße 10
Anderssonstraße 2 - Gräbschener Str. 6

Prachtvolle blut-frische Grüne Heringe
22 Pfund nur

Soelachs ohne Kopf nur 34
Kabeljau " " " 40
Goldbarsch " " " 40
Koteletts, schneeweiß " 35
Makrelenbücklinge 1/2 Pfd. 10

Breslauer Fischhallen der Nordsee
Schmiedebrücke 19, Neue Schweltd. Str. 10

Lederhandlung
Simon Sachs
Hirschberg 1. Riesengebg.
Täglich frischer Leder-Ausschnitt

95-Pfg.-Woche verlängert

3 Hemden für Kinder, weiß u. bunt, 50-80 cm lang 95 P.
2 Hemden für Damen, gestrickt, verschiedene Längen 95 P.
1 Hemd für Damen, weiß u. bunt, tadellose Ware 95 P.
1 Paar Schüpfier f. Damen, m. angewebt, weich, Futler 95 P.
1 Paar Schüpfier f. Kinder, la Trikot, mollig, all. Größ. 95 P.
1 Futter-Taille für Damen, ohne Arm, mollig warm 95 P.
1 Paar Handschuhe für Damen, in allen Modenfarben, m. bestickt, Ueberschlag, Schweden-imitation 95 P.
1 Paar Damenstrümpfe, künstliche Waschseide 95 P.
1 Paar Damen-Unterziehstrümpfe, reine Wolle 95 P.
1 Paar Kavaller-Socken, Jacquard m. Kunstseide 95 P.
1 Paar Herren-Socken, kamelhaarfarbig, gestrickt 95 P.
1 Paar Kinder-Unterhos, m. angewebt, Futt., Gr. 2-3 95 P.

Göhrritz
Liegnitz Frauenstr. 40

Molkerei Hermann Walter
Breslau, Gabigstraße 39
Milch - Butter - Eier - Käse

Kaufhaus Goldnes Zepter
Breslau, Klosterstraße 47
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Wäsche, Strümpfe
Krikotagen - Herren-Artikel

Inserate haben guten Erfolg

Möbel
Küchen, komplett, 7-teilig
Schränke, poliert, 2-türig
Ausziehtische, polierte Stühle
Preisw. Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Auflege-
matratz. u. alle Art. Einzel- u. Kleinmöbel
Biener & Dührig
Stühle und Möbel / en detail, en gros
Matthiasstr. 197 u. Weinbergsweg 18/20

E Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Oberschlesien E

Hindenburg

Möbel- und Dekorationsgeschäft Aug. Blau
Größtes oberösl. Beerdigungs-Institut
Telephon 3289 **Pleßl** Gegründet 1893
Erd- u. Feuerbestattung - **Eigen. Leichenauto**
Dorotheenstrasse 10 - Kirchstrasse 5-7 88859

Weiner's Dekillation
Kronprinzenstraße 155 88720

Wirkstoff, Kronprinzenstr. 75, billiges
Garberobenhäus in all. u. neuen Sachen 88903

Hüte u. Herrenartikel läuft man am billigsten bei **H. Rohner, Bahnhofstr. 5** 88900

Fahrradhaus Paul Besche
Kronprinzenstraße 78 87908

Herren- u. Knabenkleidung
Franz Kochel, Kronprinzenstraße 62 87907

Bäckerei und Konditorei
M. Gierschner, Kronprinzenstraße 63 87906

Kra-Bürobedarf, Buch- u. Papierhandlung, Hindenburg OS., Dorotheenstr. 24 87993

J. Zaczek, Lebensmittelhaus
Stollenstraße 8 88501

Zigaretten / Zigaretten / Schreibwaren
empf. Otto Gursi, Paulstraße 17 88499

J. Blüchlein, Kronprinzenstr. 81, Verkauf v. alten u. neuen Kleidungsstücken 88002

Zigarettenhaus Schwarz & Co., der vollst. Zigarettenladen, Bahnhofstr. 4 88001

Zes billige Eschladen- und Zuckermar- geschäft Max Lissner, Hindenburg, Dorotheenstr. 1 / Gieswiz, Elisabethstraße 87996

Bekleidungshaus Himmelfarb
gegenüber Admiral's-Belast
ausfallend niedrige Preise 88901

Kathon Morgenkern, Spezialhaus für Damen- und Kinderkonfektion
Kronprinzenstraße 136 88860

L. Fizia, Fahrradhandlung
Nähmaschinen - Reparaturen
Dorotheenstrasse 87 b / Telephon 8867 87995

Leonhard Gupla, Dorotheenstrasse 51 + Hindenburg-Drogerie + Farben, Photo, Parfüm, Verbandstoffe 87994

Schokoladen - Zuckerwaren
WILHELM SCHUTZ
Kronprinzenstraße 132 / Kanienstraße 1
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer 88497

Josef Herzberg / Inh. Simon Böhm
Kronprinzenstraße 137
Zigaretten - Weine - Liköre 88405

Alle Freunde des Fortschritts verkehren nur in **Menges Hotel** beim Vater Krejschmar 88862

Felix Hergejell, Kronprinzenstraße 143 neben dem Admiralspalast
Spezialgeschäft für Herrenhüte und Mützen 88406

Hindenburg-Biskupitz

Haus- u. Möbelfabrikerei
Gmel & Zeta, Breslauer Straße 107 88718

+ St. Antonius-Drogerie +
Max Riech / Telephon 2354 88716

Kolonialwaren - Wirtschaftartikel
empf. Karl Busch, Bentzener Str. 45 88717

Kolonialwaren - Wirtschaftartikel
Jba Engel, Bentzener Straße 107 88718

Möbel und Polsterwaren
E. Burel, Bentzener Straße 16 88711

Neisse

Kaufhaus Tobias Wegner
Arbeiter erhalten Extra-Rabatt

Josef Mai
Manufakturwaren
Ring 56 88033

Daischkau
Breslauer Konfektionshaus
Größtes Spezialhaus für Herren- und Knaben-Garberoben 88029

Kauf- und Versandhaus
Josef Jodisch, Mittelring 193 88030

JOSEF NENTWIG
Schuhwaren - Reparaturen 88031

Georg Anders, Glager Straße 185
fl. Fleisch- u. Wurstwaren 88025

Fahrräder - Nähmaschinen
Sprechapparate und Ersatzteile
Wilhelm Weith, Nikolaistraße 160 88027

Modewarenhaus
Karl Böhm 88026

PAUL IMMIG
Kohleleischerei
Breslauer Straße 108 88025

Bäckerei - Pieskerbäckerei
Adolf Scholz Nachf.
Inh. Conrad Mehlan, Glager Str. 184 88024

Adolf Schneeweiß
Feinbäckerei
Breslauer Straße 105 88022

Paul Neumann
Damen- und Herrenkonfektion
Manufakturwaren, Mützen, Tricotagen 88023

Kreuzburg

Karl Feindor
Kolonialwaren
Eisenwaren 88518

F. Wollny
Krauzer Str. 3
Wäse, Mützen
Wäsche, Strümpfe 88508

B. M. A. R. U. S. K. A.
Kolonialwaren / Spirituosen 88511

Andersson „Hotel zur Post“
Oppelner Straße 1 88509

Oppeln

Kochmanns Gaststätte
Altes Schützenhaus
Verkehrslokal der Arbeiter
Oppeln, Breslauer Str. 1 88658

M. Friedlaender, Schloßdeffillation
Wichtigste Bezugsquelle für Spirituosen 88904

Bäckerei- und Kolonialwaren
empfiehlt Leonhard Krausch, Kräuterei Str. 26 88900

Keltesches Kolonialwarengeschäft
Franz Zwadlo, Breslauer Platz 10 88899

Kurz-, Woll- und Schnittwaren
Arbeiterbeteiligung
H. Sandziora, Kirchstraße 15
Ede Sebastianplatz 88901

Schuhwarenhaus
FRANZ GARUS
Kirchstraße 10 88902

Manufaktur :: Aussteuerhaus
M. Kruppa, Ring 27
enorm billige Preise 88903

Oberschlesisches Farbenhaus
Zimmerstraße 6 b
Spezialhaus für preisfertige Farben
und Lacke in besten Qualitäten
zu billigsten Preisen 88895

Ratibor

Möbel
aufw. billig
Teilhauung
R. Kofschl
Ma. zstraße 4 88872

Curt Wartenberger / Brunlau 54
Deffillation 88868

Georg Haeder, Inh. Jenny Haeder
Spezialgeschäft für feinste Konfitüren
Neue Straße 9 88885

Central-Theater
Das führende Theater am Plage
Jeden Dienstag und Freitag
Programmwechsel 88875

Josef Hartmann, Oberstraße 11
Fahrräder
Nähmaschinen und Sprechmaschinen 88880

„Silesia“, Inh. Carl Calmann
Bahnhofstraße 1
Haus- und Küchengeräte 88876

Schuhwaren - Stiefel
Lina Lodus, Bahnhofstr. 2
Für jed. Beruf größte Auswahl 88875

Kaufhaus Louis Wartenkein
Ring 6 a und 7
Seit 70 Jahren führend am Plage 88889

Hugo Markus, Domstr. 9
Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Trikotagen, Strümpfe, Damenputz u. Wäsche 88874

Kaufhaus D. Silbermann
Das Haus der großen Auswahl! 88720

STADT TROPPAU
Troppauer Straße 9
Verkehrslokal der Arbeiterschaft 88863

Herzke, Oderstrasse 2
Kleiderstoffe, Tricotagen, Gardinen,
Teppiche zu niedrigsten Preisen 88881

Walter Schockner, Lange Str. 6
Ist die richtige Bezugsquelle für Leder-
auschnitte, Lederwaren u. Reiseflecker 88877

Zigarettenhaus Pietruschka
Lange Straße 8
Zigaretten / Zigaretten / Tabake 88878

Schuhwaren
Größte Auswahl - Niedrigste Preise
Schuh- und Lederwaren
J. Weißkopf, Neue Straße 16 88887

Berner Matowski
Herrenhüte - Mützen 88886

Robert Sonnek, Neue Str. 5
Herrenbekleidung 88881

Neustadt

Trinkt Giesmannsdorfer Bier

Georg Rinke
Ring 36
fl. Fleisch- und Wurstwaren 88222

Arbeiter und Angestellte
kaufen alle Lebensmittel
nur im Konsumverein 88221

Brat- und Feinbäckerei
Reinhold Krater, Oberschloß 11 88223

Feinrich Haake, Oberschloß 13
Großdeffillation
empfiehlt Wein und Spirituosen 88220

Kreuzburg

B. M. A. R. U. S. K. A.
Kolonialwaren / Spirituosen 88511

Andersson „Hotel zur Post“
Oppelner Straße 1 88509